

# Der Zimmerer

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer u. verw. Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Hamburg)

und

Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Ersatzkasse) in Hamburg

Erscheint wöchentlich, Sonnabends.  
Abonnementpreis pro Quartal (ohne Bestellgeld) M. 1,50.  
Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Herausgegeben vom  
Zentralverband der Zimmerer und verw. Berufsgenossen Deutschlands  
Hamburg 1, Besenbinderhof 57, 4. Et.

Anzeigen:  
Für die dreigespaltene Pettzeile oder deren Raum 30 A.  
für Versammlungsanzeigen 10 A pro Zeile.

## Bericht von der 21. Generalversammlung.

### 2. Sitzung, Dienstag, 3. Juni.

Vorsitzender Witt, Berlin, eröffnet um 8 Uhr die Sitzung und begrüßt den inzwischen eingetroffenen Vorsitzenden der deutsch-österreichischen Zimmererorganisation, Kameraden Wessely, Wien.

Die Aussprache über die Berichte wird fortgesetzt.

Kamerad Margreß, Hamburg, begründet den Antrag 353 auf Nachzahlung der vollen Arbeitslosenunterstützung an die Kriegsteilnehmer, die durch den Krieg verhindert waren, volle Beiträge zu zahlen. Wenn der Antrag auch mit dem Statut nicht ganz vereinbar ist, so muß hier doch das sozialpolitische Moment in den Vordergrund gestellt werden. Der Verbandsausschuß hat seinen Charakter als Aufsichtsinanz des Zentralvorstandes dadurch eingebüßt, daß er mit diesem zulassen Beschlüsse gefaßt hat. Wenn nun die Mitglieder den Teufel Zentralvorstand verklagen wollen, müssen sie sich an den Beizgebuß Ausschuß wenden. Es wären manche Differenzen besser ausgeglichen worden, wenn der Ausschuß nicht die Mitverantwortung für die Beschlüsse des Zentralvorstandes übernommen hätte. Keine Dialektik und Sophistik hilft Kameraden Bringmann über die Tatsache hinweg, daß er im „Zimmerer“ die parteipolitische Neutralität in flagranten Weise verletzt hat, indem er Propaganda gemacht hat für die Mehrheitspartei, die eine Kriegspolitik getrieben hat, die in ihrer Wirkung eine Verratspolitik war. Die Unabhängigen wären jämmerliche Kerle wenn sie sich das gefallen ließen. Der Zentralvorstand selbst hat die vielen radikalen Anträge verschuldet. Wir verlangen strikte Neutralität zwischen den drei politischen Richtungen der Arbeiterbewegung. (Beifall.)

Kamerad Arndt, Halle: Der „Zimmerer“ hat die Artikel desselben Ziele, Halle, aufgenommen, der die Mosketruppen nach Halle geführt und die Freiheit mit Füßen getreten hat. (Pfeil-Rufe.) Die Politik der Generalkommission kann nicht gebilligt werden. Begien hat Arm in Arm mit Dornburg Versammlungen abgehalten und sich wie ein General aufgespielt. Die Verbandsleitung ist mit der neuen Zeit nicht mitgegangen. Wir müssen einen neuen Zug hineinbringen. Die ersten beiden Marken dieses Jahres haben wir nicht geklebt, weil wir damals den politischen Massenstreik mitmachen mußten, um nicht Streifbrecher zu werden.

Kamerad Wulf, Merseburg: Die Politik der Generalkommission können wir nicht weiter mitmachen. Wir müssen versuchen, andere Delegierte hineinzuenden. Dazu ist die Umgestaltung des Zentralvorstandes notwendig. Da der Zentralvorstand sich weiter zur Mehrheitssozialdemokratie bekennt, kann man von ihm keinen revolutionären Geist erwarten. Wer behauptet, daß der Militarismus niedergeschlagen sei, weiß wohl nicht, wie die Mosketruppen gehauft haben. Mit dem Bauarbeiterverband sollten wir uns nicht verschmelzen. Er war bei allen Lohnbewegungen für uns ein Aß auf Bein. Der „Zimmerer“ sollte keine Beiträge mehr annehmen von Ziele, der ruhig zusehen hat, wie die von ihm geführten Truppen Frauen und Kinder niedergeschossen haben. (Unruhe. — „Das haben die Spartakisten getan!“)

Kamerad Tritschler, Freiburg: Ich kann nicht verstehen, weshalb die alte Zahlstelle Freiburg bei der Vorbereitung der Wahlen zur Generalversammlung vergessen worden ist. Mit den Maßnahmen der Zentralinstanzen bin ich einverstanden mit Ausnahme der Kriegsanzleihe-Zeichnung. Ich will nicht mit dem Mafel herumlaufen, durch meine Groschen den Brudermord verlängert zu haben. (Beifall.)

Kamerad Fromm, Nürnberg: Nach der bisherigen Debatte wähnt man sich mehr auf einem Parteitag der U. S. P. D. (Sehr richtig!), als auf der Generalversammlung des Zimmererverbandes. (Sehr richtig!) Viele Redner vergrößern noch die Klust, und ich bin überzeugt, daß sie sich der Ursachen und Wirkungen ihres Auftretens gar nicht bewußt sind. (Unruhe.) Systematisch ist von außen in die Gewerkschaften der Kampf hineingetragen worden, der zunächst den leitenden Personen, in der Hauptsache aber den Gewerkschaften selber gilt. (Beifall und Widerspruch.) Man will an die Stelle der jetzigen Führer Personen der Unabhängigen, Kommunisten und Spartakisten setzen. (Lärm.) Aus ihrer Tätigkeit auf gewerkschaftlichem Gebiet ist den Zentralvorstandsmitgliedern kein Vorwurf gemacht worden. Es handelt sich hier um den Plan einer Spaltung der Gewerkschaften zu politischen Zwecken. (Beifall und Widerspruch.)

Kamerad Samm, Lübeck: Bei der Verkürzung der Arbeitslosenunterstützung hat sich der Zentralvorstand nicht an das Statut gehalten; aber die dringend notwendige Erhöhung der Streikunterstützung hat er unter Berufung auf das Statut abgelehnt. Das können wir nicht billigen.

Kamerad Krüger, Düsseldorf: Die Zentralinstanzen des Verbandes haben die Fühlung mit den Mitgliedern vollständig verloren. Wenn sie der neuen Zeit nicht folgen wollen, dann sollten sie doch freiwillig ihre Posten aufgeben.

Kamerad Mehriß, Cöln: Die Politik des Zentralvorstandes wird von den Mitgliedern nicht mitgemacht. Die

Mitglieder in den Großstädten werden schließlich abspringen, wenn ihren Anschauungen so wenig Rechnung getragen wird. Wir im Rheinland müssen die Abtrennung befürchten. Daran trägt die Politik der Mehrheitspartei die Schuld. (Widerspruch). Der katholischen Bevölkerung mußte Rechnung getragen werden und man durfte nicht schon im Anfang der Revolution Kirche und alles zum Teufel jagen, wie es Adolf Hoffmann versucht hat. (Unruhe, Heiterkeit und Zurufe: „Der ist doch unabhängig!“). Die jetzigen Führer sollten selbst auf ihre Posten verzichten, wenn sie mit den Anschauungen der Mitglieder nicht mehr übereinstimmen können. Das Banner muß stehen, wenn der Mann auch fällt.

Kamerad Decker, Braunschweig: Mit der einseitigen Stellungnahme des „Zimmerer“ für die Mehrheitssozialdemokratie können wir nicht einverstanden sein. Die Neupolitik, Deutschland habe einen Verteidigungskrieg geführt, ist eine Schmach für diese Versammlung. Die Arbeitsgemeinschaft muß aufhören. Wir können keine Gemeinschaft haben mit dem Kapitalismus und dem Militarismus der Offizierskaste. (Beifall und Widerspruch.)

Kamerad Siebert, Friedrichshagen: Die Streikunterstützung hätte erhöht werden müssen. Den hier von Unabhängigen und Kommunisten vorgebrachten Ansichten kann ich nicht zustimmen. Ich bin nicht Angelegter, sondern stehe mit meinen arbeitenden Kameraden in engster Fühlung. Die Mehrheitssozialdemokratie hat nicht den Sieg gewollt, sondern die Verständigung. Sie hat auch nicht den Frieden von Brest-Litovsk gebilligt. Es ist nicht richtig, daß bei den Unabhängigen die am längsten organisierten Genossen sind. Es läßt sich statistisch das Gegenteil nachweisen. Von unserer Presse verlangen die Unabhängigen Neutralität. Sie selbst aber drängen die andersdenkenden Kameraden aus den Betrieben. (Sehr wahr!) Die Kameraden sollten doch daran denken, daß es darauf ankommt, nicht zu zerstören, sondern aufzubauen. (Beifall.)

Kamerad Ehlerß, Frankfurt: Die Debatte macht den Eindruck einer politischen Versammlung. Es kommt doch auf die gewerkschaftliche Tätigkeit des Vorstandes an, und in dieser Beziehung sind ihm keine begründeten Vorwürfe gemacht worden. War denn seinerzeit die Empörung über die Kürzung der Arbeitslosenunterstützung so groß, wie es hier vorgetragen worden ist? (Lebhaft. Nein! — Rufe.) Wenn die Ausnahme des Wahlausrufes im „Zimmerer“ angegriffen wird, so muß ich sagen: Unser Verbandsorgan muß die Parteirichtung zu Worte kommen lassen, die unsere Gewerkschaften fördert. Das tut die Mehrheitssozialdemokratie. (Sehr richtig!) Die andere Richtung hat offen erklärt, daß sie unsere Gewerkschaften vernichten will. (Widerspruch.)

Kamerad Janßen, Düsseldorf: Der Ausschuß hat nach dem Statut zu allen wichtigen Fragen, die den Verband betreffen, Stellung zu nehmen. Er war also berechtigt, an den Maßnahmen des Zentralvorstandes mitzuwirken. Das Hilfsdienstgesetz hat zur Festigung der Gewerkschaften beigetragen. Den Düsseldorfener Antrag auf Verschmelzung mit den verwandten Berufsverbänden halte ich für sehr bedenklich.

Kamerad Schulz, Berlin: Nach der auf der 17. Generalversammlung angenommenen Resolution nimmt unser Verband alle Zimmerer auf ohne Rücksicht auf ihre religiöse und politische Ueberzeugung. Wenn dieser Grundsatz verlassen werden soll, muß das beschlossen werden. Solange das nicht geschehen ist, darf man nicht verlangen, daß die alten Träger der Zimmererbewegung abtreten, nur weil ihre politische Ueberzeugung einzelnen Mitgliedern nicht gefällt. Die Anträge auf Unterstützung bei politischen Generalstreiks müßten abgelehnt werden. (Beifall.)

Kamerad Kappel, Nürnberg: Wenn eine größere Aufklärung der arbeitenden Klasse erreicht wäre, dann würden nicht Arbeiter gegen Arbeiter mit Maschinengewehren kämpfen. In unsern Statistiken muß der Ausdruck „Königreich“ Bayern usw. verschwinden. Der „Zimmerer“ sollte mehr Artikel aufklärenden Inhalts über die Sozialisierungsfrage bringen.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird nach längerer Geschäftsordnungsdebatte mit 45 gegen 32 Stimmen angenommen.

Vorsitzender Kamerad Witt: Im Laufe der Debatte ist die Politik der Generalkommission Gegenstand zum Teil recht heftiger Kritik gewesen. Es wäre deshalb wohl angemessen, wenn dem Vertreter der Generalkommission das Wort zur Rechtfertigung gegeben wird. Da aber Kamerad Kube zugleich Vertreter des Ausschusses ist, kann er in seinem Schlußwort auch auf diese Fragen eingehen.

Kamerad Kube: Ich bin damit einverstanden, aber es dürfen aus dieser Abwicklung der Tagesordnung keine falschen Schlüsse gezogen werden.

Vorsitzender Kamerad Witt teilt mit, daß Genosse Heintke als Vertreter der Bauarbeiterschuttkommission eingetroffen ist.

Kamerad Schrader (Schlußwort). Die Angriffe, die gegen mich gerichtet wurden, treffen die Maßnahmen der Zentralinstanzen. Ich will die Debatte nicht auf das politische Gebiet lenken. Soweit die Kritik die Maßnahmen der Zentralinstanzen trifft, geben wir alle zu, daß wir nicht Päpste sind sondern Fehler und Irrtümer auch uns unterlaufen können. Wenn Wübel sagte, wer draußen im Felde war, der wisse, daß es sich um einen Eroberungskrieg handelte, so werden manche andere draußen doch eine andere Meinung gehabt haben. Mein Freund Decker, Braunschweig, schrieb mir beispielsweise aus dem Felde, daß er dort einen sehr anständigen Zimmermannslohn verdient habe. (Hört! hört! und Heiterkeit.) Wenn ich gestern die Politik der Generalkommission billigte, so war damit nicht gesagt, daß wir diese Politik in jedem Punkt mitmachen. Auch die Generalkommission ist nicht unfehlbar. Ein falscher Jungenschlag sollte doch nicht von allen Rednern so ausgenützt werden. Die Kritik war in manchen Punkten kleinlich. Das gilt besonders für die Angriffe deswegen, weil der Einteilung der Wahlabteilungen das letzte Quartal des Vorjahres zugrunde gelegt und weil die Zahlstelle Freiburg nicht unter den Wahlabteilungen veröffentlicht war. Ein Kamerad sagte, Anträge seiner Zahlstelle seien eigentlich nur aus Jux gestellt worden. Mit solchen Anträgen sollte doch die Generalversammlung nicht belästigt werden. Für den Antrag auf Bildung des Beirats wurde angeführt, die arbeitenden Kameraden seien besser über die Stimmung der Kameraden unterrichtet. Ich glaube aber, über die Gesamtstimmung in einem größeren Bezirk ist der Gauleiter besser unterrichtet als der Kamerad im Arbeitsverhältnis. Wenn wir auch bei Kriegsbeginn Geld genug hatten, so durften wir es doch nicht vollständig für Arbeitslosenunterstützung ausgeben, ohne an die im Felde stehenden Mitglieder zu denken. Leider haben einzelne Zahlstellen diese Voricht nicht gelbt, und als immer weitere militärische Einziehungen erfolgten, hatten die Letzten das Nachsehen, weil die Lokalkasse erschöpft war. Mit aller Schärfe muß ich den Vorwurf Gellwicks zurückweisen, daß wir Kriegsanzleihe gezeichnet haben, um den Krieg und den Kapitalismus zu unterstützen. Wir haben auch den Klassenkampfstandpunkt nicht aufgegeben. In den Grundfragen sind wir uns einig, nur in Fragen der Taktik gehen wir auseinander. Wenn Offiziere und Uebersetzende den Eroberungskrieg wollten, so war das doch niemals die Ansicht des Zentralvorstandes. Einige Redner haben recht deutlich gesagt, der Vorstand solle zurücktreten, wenn er nicht mehr der Stimmung des Volkes Rechnung trägt. Darüber hat ja die Generalversammlung zu entscheiden. In einzelnen Zahlstellen ist man leider schon dazu übergegangen, Kameraden, die über 20 Jahre lang im Dienste der Organisation standen, aufs Pflaster zu werfen, weil sie politisch nicht der Meinung bestimmter Mitglieder waren. Jetzt soll dieses Verfahren auch hier angewandt werden. Wir haben aber als Gewerkschaft uns mit gewerkschaftlichen Angelegenheiten zu beschäftigen und müssen die Politik herauslassen, weil sonst die Organisation zersplittert wird. (Sehr richtig!) In denjenigen Zahlstellen, wo der politische Kampf am heftigsten tobt, kommt unsere Zimmererbewegung am wenigsten vorwärts. Wenn es sich um die Abwehr von Bestrebungen handelt, die die Errungenschaften der Revolution uns rauben wollen, werden wir Seite an Seite mit den Unabhängigen stehen. (Beifall und Unruhe.) Ihr dürft sicher sein, daß wir nicht gesonnen sind, uns die Errungenschaften der Revolution nehmen zu lassen. Die Einheitspolitik der Organisation darf unter keinen Umständen in die Brüche gehen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Kamerad Bömer erklärt in seinem Schlußwort: Wir haben die Arbeitslosenunterstützung strecken müssen, um in der Lage zu bleiben, auch den Ansprüchen der später zurückkehrenden Kriegsteilnehmer gerecht zu werden. Bei politischen Streiks können wir keine Unterstützung zahlen. Wir sind nicht bloß Sozialisten, sondern auch Sozialdemokraten. Deshalb müssen wir uns der Mehrheit fügen. Wenn man auf der einen Seite von unserer Presse Neutralität verlangt, kann man auf der andern Seite nicht verlangen, daß sie „revolutionär“ wirken soll. Wenn man freilich von dem „Teufel Zentralvorstand“ spricht und wenn man in größeren Zahlstellen wie Bremen und Leipzig die alten bewährten Beamten hinwegsetzt, weil sie sich nicht zur U. S. P. D. bekennen, so kann man doch nicht gleichzeitig Neutralität verlangen. Gerade unter den kommunistischen Elementen der Metallarbeiter waren die meisten ganz jung organisierte Novembersozialisten. (Beifall und Widerspruch.) Wenn Sie glauben, daß die Mehrheit unserer Verbandsmitglieder nicht auf dem Boden der Mehrheitssozialdemokratie steht, so sind Sie schief gewickelt. (Sehr richtig! und Widerspruch.) Eine Minderheit kann nicht verlangen, daß die Vertreter der Mehrheit ihr zuliebe abtreten. (Sehr richtig!) Wir müssen zur Einigkeit darüber kommen, wie wir unsere Bewegung vorwärts treiben und groß werden lassen können. (Beifall.)

Kamerad Kube (Schlußwort): Alle hier vorgebrachten Angriffe können nicht den Vorwurf rechtfertigen, daß die

Generalkommission die Politik der Mehrheitspartei durchzuführen sucht. Die Generalkommission hat die Politik der Mehrheitspartei durchzuführen müssen, weil sie die Mehrheit der Mitglieder sind. Die Generalkommission hat die Politik der Mehrheitspartei durchzuführen müssen, weil sie die Mehrheit der Mitglieder sind. Die Generalkommission hat die Politik der Mehrheitspartei durchzuführen müssen, weil sie die Mehrheit der Mitglieder sind.

Die Generalkommission hat die Politik der Mehrheitspartei durchzuführen müssen, weil sie die Mehrheit der Mitglieder sind. Die Generalkommission hat die Politik der Mehrheitspartei durchzuführen müssen, weil sie die Mehrheit der Mitglieder sind. Die Generalkommission hat die Politik der Mehrheitspartei durchzuführen müssen, weil sie die Mehrheit der Mitglieder sind.

Die Generalkommission hat die Politik der Mehrheitspartei durchzuführen müssen, weil sie die Mehrheit der Mitglieder sind. Die Generalkommission hat die Politik der Mehrheitspartei durchzuführen müssen, weil sie die Mehrheit der Mitglieder sind. Die Generalkommission hat die Politik der Mehrheitspartei durchzuführen müssen, weil sie die Mehrheit der Mitglieder sind.

Generalkommission den Boden des Klassenkampfes verlassen habe. Auf gewerkschaftlichem Gebiet wurde der Klassenkampf immer viel wirksamer geführt als durch die politischen Mittel. Dieser Kampf diente nicht nur der Erringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen, sondern er verfolgte immer das Endziel der vollständigen Abschaffung der Lohnsklaverei. Bei Kriegsausbruch mußte die Generalkommission andere Mittel anwenden, um die Interessen der Arbeiter in dieser schweren Zeit zu wahren. Es ist ein Irrtum, wenn man nicht von Verleumdung sprechen will, daß die Generalkommission mit der Regierung Arm in Arm gegangen sei. Sie hat im Gegenteil ständig im Kampf mit der Regierung und den Behörden gelegen, um die Arbeiterinteressen wahrzunehmen. Gegen ihre eigentliche gewerkschaftliche Tätigkeit sind hier auch kaum Angriffe erhoben worden. Man macht sie aber für das Hilfsdienstgesetz verantwortlich. Dieses Gesetz war zur Befriedigung der militärischen Ansprüche ganz unvermeidlich. Wir haben aber sofort eingegriffen, um auch unter diesem Gesetz zu ermöglichen, daß die gewerkschaftliche Arbeit fortgesetzt werden konnte. Es wird gesagt, das Hilfsdienstgesetz hätte uns geschädigt; aber viele Arbeiter haben nicht einmal die Courage aufgebracht, die Bestimmungen dieses Gesetzes für sich in Anspruch zu nehmen. Es ist richtig, daß die Generalkommission zur Zubehörförderung aufgefordert hat. Sie dürfen aber nicht die Motive verkennen. Die Kriegsschädigten, für die gesammelt wurde, waren doch unsere Leute. Wir dürften uns nicht dem Vorwurf aussetzen, daß wir es allein dem Bürgertum überlassen, für unsere Klassenangelegenheiten zu sammeln. Wir mußten uns auch Einfluß auf die Verteilung des Fonds sichern (Weisfall). Es wurde weiter Anstoß genommen an der Beteiligung an dem Bund für Freiheit und Vaterland. Von rechts wurde damals der alldeutsche Gedanke des Eroberungskrieges propagiert und es wurde dem Ausland der Glaube beigebracht, daß die Mehrheit des deutschen Volkes hinter den Annexionsisten stehe. Wir wollten dieser Agitation von rechts unsere Propaganda des Verständigungsfriedens entgegenstellen. Darum mußten wir dem Bund für Freiheit und Vaterland beitreten, weil die Arbeiterklasse allein dazu nicht in der Lage war. Wenn wir die Arbeitsgemeinschaft ausgeben, dann müßten wir eigentlich die ganze Art unserer bisherigen Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen aufgeben. Bisher haben es ja immer die Arbeitgeber abgelehnt, uns einen Einfluß einzuräumen, wie wir ihn jetzt in der Arbeitsgemeinschaft haben. Die Arbeitsgemeinschaft hat uns den Achtstundentag gebracht (Aufe: „Nein, die Revolution!“). Das ist nicht richtig; schon vor der Revolution ist der Achtstundentag durch die Arbeitsgemeinschaft eingeführt worden. Man darf es also nicht so hinstellen, als sei hier zum Schaden der Arbeiterschaft gearbeitet worden. Die Interessen der Arbeiter sind immer von der Generalkommission im Rahmen des Möglichen gefördert worden. Nicht die Generalkommission hat den Standpunkt des Klassenkampfes aufgegeben. Die Unabhängigen haben diesen Begriff nur anders interpretiert, und zwar nicht im Ziel, sondern nur in den Methoden. Wenn Differenzen über das Tempo des Fortschritts bestehen, so liegt das daran, daß die bewährten Führer der Gewerkschaften aus ihrer langen Erfahrung wissen, wie weit die Massen dem Tempo folgen können. Es ist nicht wahr, daß wir die Fühlung mit den Massen verloren haben. Ich kenne unsere Kameraden ganz genau; aber ich kenne auch ihre Schwächen. Es würde die größte Verwirrung entstehen, wenn wir im Baugewerbe den Sozialismus durchführen, während die Masse der Arbeiter sich noch nicht damit vertraut gemacht hat. Wenn das Tempo manchem nicht schnell genug ist, so liegt es nicht an den Führern, sondern an der Masse. Es wirkt für einen, der sein ganzes Leben im Dienste der Arbeiterbewegung steht, verlegend, wenn ihm nach 30 Jahren plötzlich gesagt wird, er hätte kein Verständnis für das Fühlen der Arbeiterschaft. Ich bin der erste, der gern das Tempo beschleunigen möchte, wenn ich nur wüßte, daß die Masse diesem Tempo zu folgen vermag. Die Generalkommission mag manchen Fehler gemacht haben; aber sie hat stets gearbeitet in dem Bewußtsein, dem Interesse der Arbeiterschaft zu dienen. (Weisfall.)

Gegen das Zusammenwirken des Ausschusses mit dem Zentralvorstand bei den durch den Krieg erforderlichen Maßnahmen können ernstliche Einwendungen nicht erhoben werden. Wir müssen alle Kräfte zusammenfassen, um die gesamte Arbeiterschaft und unseren Verband vorwärts zu führen. (Lebhafte Beifall.)

Kamerad Bringmann (Schlußwort): Meine geschwächte Gesundheit macht mir leider längere Ausführungen unmöglich. In dem Streben, die Revolution fortzuführen, bin ich mit den Unabhängigen vollständig einig. Die politische Revolution ist nur eine halbe Revolution (Weisfall), sie hebt die politische Unterdrückung auf, läßt aber die wirtschaftliche bestehen. Die politische Umwälzung weckt den Willen zur sozialen Neugestaltung. Das ist die Quintessenz des Erfurter Programms. Auf diesem Boden stehe ich heute ebenso wie früher, und ich weise die Unterstellung zurück, daß bei mir ein Gesinnungswechsel eingetreten sei. Als ehrlicher Gewerkschafter kann ich aber nicht die Gewerkschaftspolitik der U. S. P. fördern; denn wenn diese Politik richtig erklärt wird, könnte sie keine Gewerkschaft billigen. Im Aktionsprogramm der U. S. P. lautet der Kernsatz:

„Im Räteystem hat sich die proletarische Revolution diese Kampforganisation geschaffen. Sie faßt die Arbeitermassen in ihren Betrieben zu revolutionärem Handeln zusammen. Sie schafft dem Proletariat das Recht der Selbstverwaltung in den Betrieben, in den Gemeinden und im Staate. Sie führt die Umwandlung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung in die sozialistische durch.“

Das ist genau daselbe Räteystem, das die Kommunisten fordern und das keinen Raum läßt für die Gewerkschaftsbewegung. Die Kommunisten sind auch konsequent und wollen von der Gewerkschaftsbewegung nichts wissen. Wo sie das Heft in Händen haben, haben sie überall versucht, die Gewerkschaften gewaltsam zu sprengen. Die Unabhängigen haben auf ihrem Parteitag eine Resolution angenommen, in der es auch heißt: „Die Durchsetzung des Räteystems ändert auch die seitherige Stellung der Gewerkschaften im öffentlichen Leben.“ Der Referent sagte weiter, die Genossen in den Gewerkschaften könnten sich den größten politischen Einfluß auf die Arbeiter verschaffen. Es müßte eine Zentralkommission eingerichtet werden, die weitere Kommissionen in den einzelnen Bezirken mit Material für die politische Arbeit in den Gewerkschaften versieht. Das Ziel auch dieser Partei geht also dahin, die Ge-

werkschaften von ihrem jetzigen Standpunkt abzudrängen. Ich will damit nicht sagen, daß wir keine Unabhängigen oder Kommunisten im Verband haben wollen; aber in der Gewerkschaft kann nicht maßgebend sein, was außerhalb ihrer Reihen beschlossen wird. Die Förderung der beruflichen und wirtschaftlichen Lage muß immer im Vordergrund einer Gewerkschaft stehen. Daneben sollen sich die Mitglieder außerhalb der Gewerkschaft politisch betätigen. Gerade unser Verband hat diese Erziehungsarbeit durchaus erfüllt. Die Gewerkschaftspolitik der Unabhängigen stellt aber das Einigen zurück und drängt in den Vordergrund die parteipolitischen Gegensätze. Das muß notwendigerweise zur Zertrümmerung der Gewerkschaften führen. Bei der ganzen Debatte hier schwingt etwas mit. Es sind Ausführungen gemacht worden, die die Vermutung aufbringen, daß außerhalb unseres Verbandes stehende Kommissionen auch Einfluß auf unsere Mitglieder haben. (Widerspruch und Zurufe: Das sind Illusionen!) Ich könnte ja Material bringen, das meine Vermutungen stützt, aber das würde den Streit nur verschärfen. Wie kann man sagen: bei mir liegt ein Gesinnungswechsel vor. Wer mich wirklich kennt, kann zu einer solchen Auffassung gar nicht kommen. Die Unterstellung muß von irgendeiner andern Seite stammen. Versuchen Sie es doch mal, zu beschließen, daß unser Verband die Gewerkschaftspolitik der Unabhängigen Sozialdemokratie treiben soll, dann würden wir zu einer langen Diskussion kommen, deren Ergebnis Sie wahrscheinlich nicht befriedigen würde. Im „Zimmerer“ werden Sie niemals eine Polemik gegen die U. S. P. und die Kommunisten gefunden haben. Der „Zimmerer“ steht auf dem Boden des Erfurter Programms und weiter auf dem des kommunistischen Manifests. Daher ist die Annahme verbreitet, er schreibe rechtssozialdemokratisch. Wer behauptet, ich hätte im „Zimmerer“ Durchhalteartikel geschrieben, von dem hätte ich Beweise für diese Behauptung erwartet. Dann hätte sich vielleicht herausgestellt, daß beanstandete Artikel — die natürlich auch keine „Durchhalteartikel“ waren — von Kommunisten und Unabhängigen geschrieben worden sind. Auch solche haben nämlich für den „Zimmerer“ Artikel geliefert. Ich erinnere zum Beispiel an Wilhelm Düwelle, der seit längerer Zeit Kommunist ist, ich erinnere an Wielepp, der jetzt Redakteur der „Freiheit“ ist, oder an Hans Fehlinger, die sämtlich für den „Zimmerer“ geschrieben haben. Die Zahlstelle Zeit beantragt die Einsetzung einer Preßkommission. Ich kann nur bringen vor einer solchen Einrichtung warnen, die nur notwendig war, um seinerzeit den politischen Spitzfindigkeiten zu entgehen. Wenn eine Preßkommission die Haltung der Zeitung bestimmen soll, dann müßte sie doch wieder an bestimmte Richtlinien gebunden sein. Wenn Helbig verlangt, daß wir für alle Richtungen Artikel bringen sollen, so ist das wohl aus seiner besonderen Lage in Duisburg zu verstehen, aber sein Antrag wäre undurchführbar. Maßgebend für die Redaktion können nur die Beschlüsse der Generalversammlung und das Statut des Verbandes sein. Kein einziger Redner hat aber bewiesen, daß dagegen in den Artikeln verstoßen worden ist. Merkwürdigerweise hat gerade Margref verlangt, wir hätten im „Zimmerer“ auch den Aufruf der U. S. P. bringen sollen. Er wird wohl wissen, daß uns dann unsere Kameraden in Hamburg sicher die Redaktion gestürzt hätten. (Zurufe: Beide Aufrufe hätten herausbleiben sollen!) Das würde bedeuten, daß die Gewerkschaften nicht mehr für die Wahlbeteiligung agitieren. Mein Standpunkt kommt auch nicht in dem abgedruckten Aufruf zum Ausdruck, sondern in der Nachschrift. Ich halte nach wie vor die einheitliche Arbeiterbewegung für das Richtige. Es ist doch Tradition im Verband, daß wir unsere Mitglieder politisch auflösen. Und es wurde seinerzeit verlangt, besondere politische Artikel schreiben zu lassen. Dafür haben wir den Genossen Thiele gewonnen, der seit nahezu 20 Jahren diese Artikel ausschließlich für den „Zimmerer“ schreibt. Ich bedauere sehr den Antrag, der diese Mitarbeit abschaffen will. Genosse Thiele würde sich wohl damit abfinden, denn seine Bezahlung steht in keinem Verhältnis zu dem, was sonst in der Parteipresse für solche Artikel bezahlt wird, aber ich würde es im Interesse unseres Verbandes bedauern. Es gibt heute nicht mehr viele Schriftsteller, die Originalartikel für ein Gewerkschaftsblatt liefern. Verlegend und beleidigend muß es wirken, daß dieser Antrag in Halle angenommen wurde ohne Debatte und ohne daß dem Beschuldigten die Möglichkeit zu einer Verteidigung gegeben wurde. Wir müssen auch in Zukunft gemeinsam arbeiten; es kann keinem eine Extrawurft gebraten werden. Wenn wir wirklich die Zuschriften der Zahlstellen unverändert veröffentlichen würden, dann würde von einer Neutralität erst recht keine Rede mehr sein. Das weiß Kamerad Decker am allerbesten. Wenn der „Zimmerer“ seine Aufgabe erfüllen soll, dann muß er auch politische Erziehungsarbeit im Interesse der einheitlichen Arbeiterbewegung leisten können. (Lebh. Beifall.) Um 1 Uhr tritt die Mittagspause ein.

In der Nachmittagsitzung wird nach persönlichen Bemerkungen der Kameraden Decker (Braunschweig), Dschah (Leipzig), Margref (Hamburg), Sellwiski (Berlin), Schrader und Bömer den Zentralinstanzen mit allen gegen 7 Stimmen Entlastung erteilt.

Der Antrag 2, Chemnitz (Austritt aus der Generalkommission), wird mit großer Mehrheit abgelehnt.

Die Anträge Chemnitz und Dortmund auf Austritt aus der Arbeitsgemeinschaft werden mit 39 gegen 33 Stimmen abgelehnt.

Der Antrag Bremen 204, der dem § 2 des Verbandsstatuts den Zusatz anhängen will, daß der Zweck des Verbandes nur durch die Erringung der politischen und wirtschaftlichen Macht, welche zum Sozialismus führt, erreicht werden kann, wird mit 39 gegen 38 Stimmen abgelehnt. Die von Bremen dazu beantragte namentliche Abstimmung wird abgelehnt.

Das Abstimmungsergebnis wird angezweifelt. Die wiederholte Abstimmung ergibt die Annahme des Antrages mit 45 gegen 42 Stimmen. Vorsitzender Kamerad Witt stellt fest, daß an der zweiten Abstimmung sich mehr Kameraden beteiligt haben als an der ersten.

Antrag 337 der Zahlstellen Braunschweig und Omden, der die Verschmelzung aller der Generalkommission angeschlossenen Gewerkschaften zu einer Einheitsorganisation erzieht, wird mit großer Mehrheit abgelehnt, ebenso die weiteren Anträge, die die Verschmelzung der hauberuflichen Organisationen und den Anschluß an den Holzarbeiterverband bezwecken.

Ein Antrag Stuttgart verlangt die Gewährung der Familienunterstützung für diejenigen Mitglieder, deren Familien sie bisher ohne ihre Schuld noch nicht erhalten haben.

Kamerad Bömer erklärt dazu, daß in solchen Fällen zwei Unterstützungen nachgezahlt werden. Der Antrag wird darauf zurückgezogen.

Die Anträge Stuttgart, Merseburg und Halle auf Gewährung von Streikunterstützung bei politischen Streiks werden abgelehnt, ebenso die Anträge 353 (Hamburg) und 354 (Hamburg) auf Nachzahlung der Arbeitslosenunterstützung an Kriegsteilnehmer. Antrag 356 (Stuttgart), der für die lebigen Mitgliederkriegsunterstützung verlangt, wird abgelehnt.

Der Antrag Leipzig auf Einrichtung eines Beirats wird gleichfalls abgelehnt.

Antrag 287 (Chemnitz) wird angenommen und vom Vorsitzenden Kameraden Witt dahin definiert, daß er besagen soll, daß der „Zimmerer“ im Sinne der Beschlüsse der Generalversammlung geleitet werden soll.

Kamerad Schrader hält es für wünschenswert, daß die Antragsteller erst einmal sagen, was sie damit meinen.

Kamerad Mallon, Chemnitz, zieht den Antrag zurück mit der Begründung, daß sein Zweck durch den Beschluß nicht erreicht werden könne.

Der Antrag Halle, der verlangt, daß Artikel von A. Thiele nicht mehr angenommen werden sollen, wird abgelehnt, ebenso der Antrag Spandau, der den Abdruck der Berichte so verlangt, wie sie von der Zahlstelle eingereicht werden.

Angenommen wird ein Antrag Düsseldorf und Duisburg: „Der Zimmerer“ hat sich jeder einseitigen Parteipolitik zu enthalten.

Dadurch ist ein ähnlicher Antrag Braunschweig erledigt. Ein Antrag Huber, Hamburg, verlangt, daß für die sogenannte „Gewerkschaftsschule“ keine Gelder durch die Zentrale mehr ausgegeben werden. Der Antrag wird nicht genügend unterstützt.

Ein Antrag Dresden, betreffend Ziel und Zweck unseres Zentralverbandes, lautet:

Die 21. Generalversammlung erneuert alle zu dieser Angelegenheit von früheren Generalversammlungen gefaßten Beschlüsse. Insbesondere diesen:

„Das Statut und die Generalversammlungsbeschlüsse unseres Zentralverbandes umschreiben sein Ziel und seinen Zweck; sie sind maßgebend für seine Strategie und Taktik, Richtung gebend und bindend für die Haltung und Tätigkeit der Verbandsmitglieder innerhalb unseres Zentralverbandes.“

Wird gegen diesen Beschluß verstoßen, so sind die Verbandsinstanzen, Zahlstellen und Verbandsmitglieder verpflichtet, dagegen aufzutreten.

Fangen, Düsseldorf: In der jetzigen Situation kann dieser Antrag für die Zahlstellen im besetzten Gebiet gefährlich werden. Wir dürfen gerade jetzt den Zentralinstanzen keine Rente anlegen.

Kamerad Witt: Die Befürchtungen von Fangen sind unbegründet. Wenn außergewöhnliche Situationen eintreten, werden sich Mittel und Wege finden, um dem Ausnahmezustand gerecht zu werden. Darum ist der Antrag unbedenklich. Der Antrag wird angenommen.

Ein Antrag Kroneberg-Leipzig und Genossen verurteilt die Kriegspolitik der Generalkommission und beauftragt die Delegierten, in den Vorstandskonferenzen in diesem Sinne zu wirken.

Kamerad Witt bittet den Antrag zurückzuziehen mit Rücksicht auf die Erklärungen des Kameraden Rube und der Vorstandsmitglieder in ihren Schlussworten. Daß keine einseitige Parteipolitik im Verband getrieben werden soll, ist der allgemeine Wunsch der Generalversammlung. In unserer Berliner Zahlstelle habe ich während meiner Vorstandstätigkeit den Partesireit aus der Organisation ferngehalten. Ich würde es nicht für richtig halten, wenn wir hier dem Gewerkschaftskongress vorgreifen, der berufen ist, über die Tätigkeit der Generalkommission zu urteilen. Um einen Miß im Verband zu vermeiden, sollte der Antrag zurückgezogen werden.

Kamerad Kroneberg, Leipzig: Wir können den Antrag nicht zurückziehen. Wir wollen keinen Miß in den Verband bringen, sondern wollen paritätische Behandlung erreichen.

Kamerad Helbig, Duisburg: Wenn Kamerad Witt als Vorsitzender lange Ausführungen gegen die Anträge macht, so ist das keine unparteiische Geschäftsführung.

Kamerad Witt: Ich kam diesen Vorwurf nicht als berechtigt anerkennen.

Kamerad Rube: Ich muß zunächst dagegen protestieren, daß der Generalkommission unterstellt wird, sie treibe Kriegspolitik. Sie hat im Gegenteil immer dahin gestrebt, den Krieg zu beenden. Ich habe nichts gegen das Verlangen einer „paritätischen“ Politik, aber diese Unterstellung muß aus dem Antrag heraus. Wir sollten doch vermeiden, die Gegensätze noch zu verschärfen.

Kamerad Kroneberg, Leipzig: Wir könnten die Silbe „Kriegs“ streichen und nur von Politik sprechen.

Kamerad Rube: Diese Haarpallete ist nicht angebracht. Die Generalkommission hat keine Politik getrieben, sie hat nur Stellung nehmen müssen zu den Dingen, die an sie herangetreten sind.

Kamerad Mehring, Köln, beantragt Schluß der Debatte.

Der Schlußantrag wird angenommen.

Der Antrag Kroneberg und Genossen wird mit 44 gegen 41 Stimmen abgelehnt.

Es folgt Punkt 3 der Tagesordnung:

**Unsere Tarifbewegung.**

Kamerad Schrader: Am 31. März 1918 war unser Tarif abgelaufen. Die Tarifverhandlungen im März hatten das Ergebnis, daß das Tarifverhältnis bis zum 31. März 1916 verlängert wurde. Am 11. und 12. Februar 1916 fanden wiederum Verhandlungen statt. Die Unternehmer kamen wieder mit Angeboten von 2 bis 5 % Erhöhung des Stundenlohnes. Dieses Angebot haben unsere Organisationsvertreter abgelehnt; aber die Befürchtung lag nahe, daß einzelne Zahlstellen es angenommen hätten, wenn die Verbandsleitung nicht dagegen gewirkt hätte. Es kamen schließlich Zulagen von 9 und 10 % zustande, die als Kriegs- oder Leuerungszulagen bezeichnet wurden. Im April 1917 wurde eine nochmalige einheitliche Leuerungszulage von 15 % erzielt. Die Unternehmer wünschten Unterschiede zwischen Groß- und Kleinstädten; aber wir haben das abgelehnt. Die dritte Leuerungszulage von zusammen 15 % wurde am 10. Dezember 1917 bewilligt. Am 11. September 1918 wurde nochmals eine Leuerungszulage erzielt, bei der es diesmal aber die Unternehmer durchsetzten,

das sie klassifiziert wurde in Sätze von 15, 20, 25 und 29 %.

Die Verhandlungen vollzogen sich durchaus nicht so glatt. Uns vom Zentralvorstand konnten die Sätze nicht genügen; aber in den Konferenzen sagten uns die Kameraden, daß sie keine Machtmittel hätten, um bessere Bedingungen durchzusetzen. Sie mußten ja immer befürchten, in den Schlichtergraben geschickt zu werden. Mit Beginn der Revolution hatte sich ja die Situation insofern geändert, als inzwischen die Arbeitsgemeinschaft schon vor der Revolution die achtstündige Arbeitszeit mit Lohnausgleich vereinbart hatte. Als wir über die Verhältnisse im Baugewerbe verhandelten, erklärten die Unternehmer, für das Baugewerbe sei der Achtstundentag im Herbst schon vorhanden gewesen, ein Lohnausgleich sei also nicht erforderlich. Wir haben uns beschwerdeführend an den Ausschuss der Arbeitsgemeinschaft gewandt und der hat ganz in unserm Sinne entschieden. In einzelnen Zahlstellen war es freilich schwierig, diese Entscheidung praktisch durchzusetzen. Am 31. März lief unser Reichstatarifvertrag wieder ab, mit dessen Inhalt in unsern Mitgliederkreisen große Unzufriedenheit besteht. Wir haben deshalb eine vollständig neue Vorlage eingereicht, die unsern Interessen besser gerecht wird. Der neue Reichstatarif soll für allgemein verbindlich erklärt werden, also durch Gesetz auch für die nichtorganisierten Unternehmer gelten. Kommt bei den örtlichen Verhandlungen eine Einigung nicht zustande, dann beschäftigt sich das Haupttarifamt mit der Sache, das nur auf Antrag der Parteien einen Schiedsspruch fällen kann. Bei solchen Differenzen werden wir nichts unternehmen, sondern wir erwarten von den Zahlstellen dann den Antrag, die Sache ans Haupttarifamt zu bringen. Es ist den Mitgliedern selbst überlassen, ob sie einen Schiedsspruch wünschen oder nicht. Es bleibt auch den Kameraden überlassen, ob sie durch Verkürzung der Arbeitszeit Entlassungen vermeiden wollen. Die Bestimmung, daß das Zulammenholen des Geschirrs bei Entlassungen in die Arbeitszeit fällt und daß dem Zimmerer vor der Entlassung Zeit zum Werkzeugschärfen gegeben wird, ist ein Erfolg, um den wir früher lange gekämpft haben. Wir haben bisher den vereinbarten Stundenlohn als Mindestlohn betrachtet, die Unternehmer betrachteten ihn dagegen als Einheitslohn. Nach den Verfügungen der Regierung gilt er jetzt als Mindestlohn. Feiner haben wir die Anerkennung der Baudelegierten durchgesetzt. Neben dem Reichstatarifvertrag haben wir das Gerippe des Lohn- und Arbeitszeittarifs. Darin ist jetzt unsere Forderung verwirklicht, daß auch für das Tiefbaugewerbe der Hochbautarif mit entsprechenden Zuschlägen gilt. Die Lohnzahlung muß jetzt allgemein wöchentlich erfolgen. Wie nun die einzelnen Sätze festgelegt werden, ist Sache der örtlichen Organisationen. Soweit wir Kenntnis davon haben, sind bisher in 453 Zahlstellen für 40642 Mitglieder die Lohn- und Arbeitsbedingungen endgültig geregelt. Die Lohnhöhen betragen in 3 Zahlstellen 4 bis 10 %, in 10 11 bis 20 %, in 54 21 bis 30 %, in 154 31 bis 40 %, in 104 41 bis 50 %, in 82 51 bis 60 %, in 26 61 bis 70 %, in 14 71 bis 80 %, in 4 81 bis 90 % und in 2 Zahlstellen 91 bis 100 %. Für etwa zwei Drittel unserer Mitglieder sind also die Lohn- und Arbeitsbedingungen schon geregelt, und es sind Differenzen in größerer Zahl kaum zu erwarten. Der Reichstatarifvertrag ist bisher anerkannt vom Arbeitgeberbund und vom christlichen Verband. Wir selbst haben unsere Anerkennung abhängig gemacht vom Beschluß der Generalversammlung, der heute erfolgen muß (Beifall).

Kamerad F a n g e n, Düsseldorf: Bei den letzten Tarifabschlüssen ist wiederholt der Grundsatz durchbrochen worden, daß die örtlichen Zahlstellen Träger der Lohn- und Arbeitstarife sind. Wir in Rheinland-Westfalen haben für das engere Industriegebiet, das ein einheitliches Wirtschaftsgebiet darstellt, einen Einheitslohn angestrebt; 9 Zahlstellen haben ihn schon anerkannt, 2 Zahlstellen aber lehnen ihn ab und gefährden damit seinen Abschluß. Wir beantragen deshalb: Die 21. Generalversammlung erklärt erneut, daß Träger der Lohn- und Arbeitstarife die örtlichen Organisationen sind. Wird für ein zusammenhängendes Wirtschaftsgebiet, in welchem mehrere Zahlstellen bestehen, ein einheitlicher Lohn- und Arbeitstarif mit gleichen Lohnsätzen vereinbart, so entscheidet über Annahme oder Ablehnung des Tarifs nicht jede Zahlstelle für sich, sondern die Mehrheit der Mitglieder der in Frage kommenden Zahlstellen des Tarifgebiets. Bezirksstarife wollen wir allerdings nicht.

Kamerad E n g e l b r e c h t, München: Wir stehen vor vollendeten Tatsachen. In Zukunft sollte man uns den Vertragentwurf vorher vorlegen. Es ist auch nicht angenehm, daß der Bauarbeiterverband ihn bereits anerkannt hat, während unsere Entscheidung noch aussteht. Dadurch, daß örtlich verhandelt wird, sind wir außerstande, unsere ganze Macht einzusetzen. Es müßte wenigstens gauweise vorgegangen werden. Die vierundwrigstündige Arbeitszeit muß allgemein durchgeführt werden. Wenn die Unternehmer sie uns nehmen wollen, gibt es bei uns einen Kampf bis aufs Messer.

Kamerad C a s p a r, Bremen: Den Achtstundentag hätten die Unternehmer sicher nicht bewilligt, wenn nicht die Revolution gedroht hätte. Der Lohn reicht nicht aus, wir müssen auf einen Abban der Preise hinwirken. Die Bestimmungen über das Lehrlingswesen hätten nicht als protokolllarische Erklärungen, sondern bestimmter in den Tarif hineingearbeitet werden müssen.

Kamerad W e b e r, München: Der neue Tarif enthält eine große Verschlechterung insofern, als man jetzt einen Tag vorher seine Absicht der Lösung des Arbeitsverhältnisses mitteilen muß, während man früher am gleichen Tage seinen Lohn erhalten konnte. Wir sind über die Tarifvereinbarungen im Gau Südbayern gar nicht unterrichtet worden. Leider hat der Bauarbeiterverband uns in München allein gelassen.

Kamerad D i e h a k, Leipzig: In Zukunft müssen wir dafür sorgen, daß der Reichstatarif verschwindet und an seine Stelle Bezirksstarife treten. Das Vertragsmuster bringt manche Verbesserungen, aber man hätte nicht in Klammern von der achtundwrigstündigen Arbeitszeit sprechen sollen; denn in kleineren Zahlstellen versuchen schon die Unternehmer, den freien Sonnabendnachmittag durch verlängerte Arbeitszeit an den übrigen Tagen auszugleichen. Ich muß bemängeln, daß der Zentralvorstand den Zahlstellen das Vertragsmuster nicht früher zugelandet hat.

Kamerad S c h r a d e r: Es ist richtig, daß der Deutsche Bauarbeiter-Verband dem Tarif zugestimmt hat, aber daraus kann man ihm doch keinen Vorwurf machen; denn sein Verbandstag hat schon früher stattgefunden.

Kamerad J a e n g a, Emden: Früher waren gerade die Delegierten Rheinland-Westfalens gegen den Reichstatarifvertrag. Ich siehe auf dem Standpunkt, daß wir überhaupt keinen Reichstatarif, sondern nur örtliche Tarife haben müßten. Ich lehne auch Bezirksstarife ab. Die Lehrlingsfrage hätte im Tarif mehr in den Vordergrund gehoben werden sollen; denn in den kleineren Zahlstellen treiben die Unternehmer große Lehrlingszüchtereien. In unserer Zahlstelle hat uns der Bauarbeiterverband in der Ueberstundenfrage vollständig im Stich gelassen. Dem Antrag Duisburg auf Beseitigung des Reichstatarifs stimmen wir zu, ebenso dem Antrag Halle, daß die Kosten der Tarifverhandlungen von der Hauptkasse zu zahlen sind. (Widerpruch.)

Kamerad N e u m a n n, Stettin: In Ostpreußen hatten wir 1915 ohne Tarifvertrag höhere Löhne als wir sie 1916 für das Wiederaufbaugesamt im Tarifvertrag vereinbaren mußten. Die Zulagen seitdem haben wegen ihrer geringen Höhe allgemeine Entrüstung erregt. In Pommern haben viele Zahlstellen jetzt noch nicht abgeschlossen, und die Unternehmer wollen nicht auf die rückwirkende Kraft eingehen. In der Frage der Geschirrzulage hat uns der Bauarbeiterverband auch Knüppel zwischen die Beine geworfen. Es hätte bestimmt werden müssen, daß der Zimmermann mindestens eine Stunde vorher zum Geschirrschleifen haben muß. In manchen Punkten hat der Reichstatarif ja Verbesserungen gebracht; aber es muß dafür gesorgt werden, daß die Lohnhöhungen nicht verschleppt werden.

Kamerad D ö b l e r, Schönebeck: Wenn wir früher den Reichstatarif abgelehnt hätten, dann hätten wir während des Krieges weit bessere Löhne erzielt. Das Tarifmuster hätte uns früher zugestellt werden müssen. Die Urlaubstage müßte besser geregelt werden, da der Zimmerer die schwerste Arbeit hat. Auch um die Lehrlingsfrage hätte sich der Zentralvorstand mehr kümmern müssen. Wir empfehlen die Anträge, die örtliche Tarifabschlüsse und die Deckung der Kosten durch die Hauptkasse verlangen.

Schluss der Sitzung 6 1/2 Uhr.

**3. Sitzung, Mittwoch, 4. Juni 1919.**

Vorsitzender W i t t r o c h die Sitzung um 8 1/2 Uhr. Die Aussprache über die Tarifbewegung wird fortgesetzt. Es liegen dazu folgende Anträge vor:

- 7. Duisburg. Die 21. Generalversammlung verurteilt jeden Reichstatarifvertrag und überläßt die Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse nur den Zahlstellen.
- 8. Stuttgart. Die Tarifverträge sind örtlich abzuschließen. Der Reichstatarifvertrag ist abzulehnen.
- 9. Chemnitz. Die Tarife laufen in Zukunft jedesmal am 30. Juni ab.
- 10. Hannover. Die entstandenen Ausgaben für Verlust an Arbeitszeit usw. bei den lokalen Tarifverhandlungen sind von der Hauptkasse zu tragen.
- 11. Halle. Die Infolien bei Tarifabschlüssen (Reichs- sowie Ortsstarife) sind sämtlich von der Hauptkasse zu tragen.
- 14. Koblenz. Der Zentralvorstand soll alle Lohn- und Arbeitsbedingungen, welche ab 15. November 1918 in den einzelnen Zahlstellen noch vorhanden sind, indem in den besetzten Gebieten nichts durch Streiks zu erzielen ist.

Kamerad L e h m a n n, Hamburg: Die Bestimmungen des letzten Reichstatarifs waren für die Zahlstellen vielfach unangenehm. Die Feuerungszulagen waren unzureichend. Das Baugewerbe hatte in Hamburg vor dem Kriege die höchsten Löhne. Durch die Feuerungszulagen sind wir in den Hintergrund gedrückt worden. Die Frage des Mindestlohnes ist eine Machtfrage, aber während des Krieges hatten die Zahlstellen wenig Macht. Andererseits enthielt die Vereinbarung auch für die Leitungen der Zahlstellen die Verpflichtung, daß sie jeder Forderung über die vereinbarten Zulagen hinaus entgegenzutreten müssen. Auch wir in Hamburg wollen vom Reichstatarif nichts mehr wissen (Beifall), aber das neue Vertragsmuster enthält wesentliche Verbesserungen und wir werden ihm zustimmen. Die nach dem 15. Juli stattfindenden neuen Verhandlungen dürfen auf keinen Fall zentral, sondern sie müssen örtlich geführt werden. (Beifall.)

Kamerad W o l l a c k, Kiel: Die Bestimmung des Reichstatarifs über die Einstellung und Entlassung von Arbeitskräften wird sich praktisch in den kleineren Zahlstellen kaum durchführen lassen, wenn nicht durch die Verbandsleitung ein Druck auf die Unternehmer zur Durchführung ausgeübt wird. Im großen und ganzen sind wir mit dem Tarifvertrag einverstanden. Die Löhne sind noch vielfach ganz unzureichend. In 40 Orten steht der Lohn noch unter M. 1, nur in 40 Orten ist er über M. 2. Hier muß der Verband für Erhöhungen kämpfen.

Kamerad K a p p e l, Nürnberg: Neber die Anträge 7 und 8 kann man geteilter Meinung sein. Wir stimmen dem Reichstatarif zu und begrüßen es, wenn er für allgemein verbindlich erklärt wird. Die Gaulteilungen sollten sich mit der Frage beschäftigen, ob nicht endlich die Bezahlung der Sonn- und Feiertage für das ganze Baugewerbe eingeführt werden kann.

Kamerad D i e m e r, Stuttgart: Der Reichstatarif sollte endlich begraben werden. Wir sind bei ihm niemals auf unsere Rechnung gekommen, besonders in den Großstädten. Wir beantragen seine Ablehnung. Die Unternehmer sind heute nicht mehr so haltstarrig wie vor der Revolution. Der Antrag 11 müßte angenommen werden.

Kamerad M a l l y, Chemnitz: Das Reichstatarifmuster kann heute nicht abgelehnt werden, denn die Zahlstellen haben ja doch das letzte Wort dabei zu sprechen. Die Bestimmungen über Einstellung und Entlassung werden überall dort durchgeführt werden, wo die Organisation stark genug ist. In kleineren Orten wird es freilich manchmal schwieriger sein. Die kleinen Zahlstellen mit ihren niedrigen Lokalbeiträgen heunen die größeren. Sie müßten ihre Lokalbeiträge mehr den übrigen anpassen. Auf unserer Gaukonferenz behauptete der Gaulleiter der Bauarbeiter, unser Verband und die Christlichen wären schuld daran, daß die Feuerungszulagen nicht 50 % betragen. Die nächsten Verhandlungen müßten örtlich und nicht zentral geführt werden.

Kamerad M e h r i n g s, Köln: Wenn das Original des Vertrages noch nicht unterzeichnet ist, haben wir die Möglichkeit, ihn abzulehnen. Wir lehnen auch den neuen Reichstatarif ab. Allgemein verbindlich kann er nur werden, wenn beide Parteien das beantragen. In der Schinerindustrie, wo auch Zimmerer beschäftigt sind, wird unsern Kameraden der Reichstatarif verweigert mit der Begründung, er gelte nur für die Parteien, die ihn vereinbart haben. Es sei auch zweifelhaft, ob er für die übrigen Industrien gilt, wenn er für uns

als allgemein verbindlich erklärt wird. In Köln sagt das Oberverwaltungsgericht, für uns käme der alte Tarif noch in Frage. Wir lehnen die Sachlichungsinstanzen des alten Tarifs ab, weil wir diesen Tarif gestündigt hatten.

Kamerad D e c k e r, Braunschweig: Die Erfahrungen mit den früheren Reichstatarifen haben bewiesen, daß die Unternehmer solche Reichstatarife nur benutzen, um uns zu knebeln. Ein solcher Vertrag müßte mindestens die Möglichkeit bieten, die Löhne der jeweiligen Wirtschaftslage anzupassen. Das geht auch in dem neuen Reichstatarifmuster. Wir haben in Braunschweig ein ganz besonders bedauerliches Unternehmerritual. Es hat den Schiedsspruch abgelehnt und sich sogar der Verletzung des Immobilienmaklers nicht schämt. Ein Reichstatarifvertrag müßte uns mindestens ein Mitbestimmungsrecht bei Einstellungen und Entlassungen geben. (Das heißt ja dein!) Wir lehnen den Reichstatarif ab. Wir sollten mindestens erklären, daß wir den örtlichen Organisationen die Entscheidung überlassen.

Ein von Kamerad H o g g e, Magdeburg, begründeter Schlichtertrag wird abgelehnt.

Kamerad P r o p a, Breslau: Die bisherige Tarifpolitik hat unsern Kameraden keine nennenswerten Vorteile gebracht, sondern uns an Händen und Füßen gefesselt. In Zukunft wollen wir durch zentrale Vereinbarungen nicht mehr gehindert werden an der Durchföhrung gewerkschaftlicher Kampfe. Jetzt wird es sich ja nicht umsetzen lassen, einen Reichstatarif abzuschließen. Dann aber müssen diese Bestimmungen auch für die übrigen Industrien und Behörden gelten, bei denen Zimmerer beschäftigt sind. (S c h r a d e r: Das steht doch schon im Vertrag.) Eine militärische Behörde hat unseren Kameraden trotzdem lange Zeit den Tariflohn nicht bezahlt.

Kamerad H e n r i c h, Bielefeld: Auch wir in Bielefeld haben den Reichstatarif immer als starke Fesseln empfunden. Das neue Reichstatarifmuster enthält aber wesentliche Verbesserungen, und wir stimmen ihm zu. Daß der Baudeputierte ein Mitbestimmungsrecht bei Entlassungen hat, ist von großer Bedeutung für uns. Der Resolution Ranken stimmen wir zu. Den Antrag 9 lehnen wir ab. Der Antrag 10 wird schwer durchführbar sein; die kleinen Zahlstellen sollten die Lokalbeiträge erhöhen. Das Ziel der Anträge 7 und 8 ist zwar gut, aber wir werden es jetzt noch nicht erreichen können.

Kamerad W a h n, Hannover: Wir in Hannover sind für den Reichstatarif. Es sind nicht alle Kameraden so, wie sie sein sollten. Da ist es gut, wenn durch den Tarif ein Zwang ausgeübt wird. Wir sind leider die letzten geblieben bei der Unterscheidung. Unser alter Vertrag ließ die Altdararbeit zu. Im letzten Augenblick sagte der Unternehmervorstand, die Altdararbeit wäre auch jetzt noch zulässig. Wir haben das abgelehnt. Wenn die Unternehmer das durchführen wollen, mögen sie selbst an den Schlichtungsausschuss gehen. Ich bitte um Annahme unseres Antrages 10. Wir erheben jetzt keinen 70 % Lokalbeitrag.

Kamerad M e i e r, Gochlin: Wir werden für den Reichstatarif stimmen. Bei uns im besetzten Gebiet haben wir gar keine Rechte. Wir haben weder den Achtstundentag noch die Unerkennung bekommen. Unsere Scharfmacher haben sich hinter die Bajonette der Besatzungstruppen gestellt. In Gochlin haben wir zwar den Achtstundentag erreicht, aber nicht den Lohnausgleich. Die Amerikaner haben eine Verordnung erlassen, daß jeder Streit bestraf wird. Wir können also nichts unternehmen. Wenn die Unternehmer im Arbeitgeberverband bleiben, dann werden sie wenigstens an den Tarif gebunden. Im anderen Falle würden sie gar nichts bewilligen, und wir können gegen sie keine Machtmittel anwenden.

Kamerad M e l z e r, Dresden: Das neue Vertragsmuster bringt wesentliche Verbesserungen gegenüber dem früheren System. Es bringt uns das Recht der Mitbestimmung bei Entlassungen; aber wir müssen alle Vorarbeiten treffen, um dieses Recht auszunutzen. Wenn wir den Willen dazu haben, können wir die Arbeitszeit auch weiter verkürzen; viele Kameraden in ländlichen Bezirken haben aber leider gar nicht die Absicht dazu. (Sehr richtig!) Nach dem Vertrag sollen seine Bestimmungen auch für die Fabrikbetriebe. Wir müssen unsere Fabrikzimmerer erst darüber aufklären. Wir sollten in den Verhandlungen den Parteistreit zurückstellen und erst unsere Mitglieder über die Lohnfrage eingehend aufklären.

Kamerad S c h l e r s, Frankfurt, begründet einen Antrag auf Schluss der Debatte.

Kamerad H r u n d t, Halle, ersucht, wenigstens den Antragsstellern das Wort zur Begründung zu geben.

Der Schlichtertrag wird angenommen.

Kamerad S c h r a d e r (Schlußwort): Auch hierbei hat sich gezeigt, daß die Zentralinstanzen es keinem Menschen Recht machen können. Wir ist nichts davon bekannt, was Wally von der Chemnitzer Bauarbeiterkonferenz mitgeteilt hat. Ich muß entschieden die Behauptung zurückweisen, die dort aufgestellt worden sein soll. Das Protokoll wird ergeben, daß wir alles versucht haben, um eine Erhöhung der Zulage durchzusetzen. Es handelt sich also um eine elende Verleumdung. Verbindlich wird der Reichstatarif-Entwurf erst, wenn die Generalversammlung ihm zustimmt. Dann teilen wir das telegraphisch dem Reichsarbeitsamt mit. Der Tarif gilt, wie es ausdrücklich im Vertrag ausgesprochen ist, für alle Arbeitsstätten, wo unsere Kameraden beschäftigt werden, also auch für Fabriken, Schiffswerften usw. In dem vom Kameraden Probst angeführten Fall hat das Kriegsministerium auf unsere Veranlassung eingegriffen. Das neue Vertragsmuster bringt doch einen wesentlichen Fortschritt. In der Einzelkategorie haben wir endlich die von uns seit langem ersehnte Lösung erzielt. Einschäfer werden nach unserm Tarif bezahlt, auch wenn es sich um ungelernete Arbeiter handelt. Ludwigshafen und Duisburg beantragen, daß wir aus unserm Statut die Entschädigung für verdrammtes Geschirer streichen, weil dort schon die Unternehmer das Werkzeug stellen. In Kiel ist aber, wie sich das aus einem Antrag ergibt, das noch nicht der Fall. Die Verhältnisse liegen also ganz verschieden. Bei der Beurteilung solcher Tariffragen soll man aber nicht die örtlichen Bedürfnisse allein in den Vordergrund stellen. Ich bin auch der Meinung, daß die Feuerungszulagen nicht ausreichend waren. Während des Krieges waren unsern Kameraden doch die alten Machtmittel genommen. Ohne den Tarif hätten wir vielen Kameraden in ländlichen Bezirken nicht die kleinste Lohnhöhung während des Krieges verschaffen können. In der Lehrlingsfrage haben wir getan, was nur möglich war. Der Arbeitgeberverband sagt aber, für diese Frage

feien nur die örtlichen Innungen zuständig. Es liegt also an unsern Kameraden, bei den örtlichen Verhandlungen in dieser Richtung zu arbeiten. Es trifft nicht zu, daß wir jetzt schon vor einer vollendeten Tatsache stehen. Wir können ganz frei über Annahme oder Ablehnung des Tarifvertrages entscheiden. Der Vertrag hindert uns auch absolut nicht daran, die Arbeitszeit unter 48 Stunden zu verfürzen, sie darf nur auf keinen Fall 48 Stunden überschreiten. Wenn man den ganzen Reichstaxtarif ablehnen will, darf man auch nicht verlangen, daß die Hauptklasse die Kosten für die örtlichen Vereinbarungen trägt. Es ist auch nicht berechtigt, die Maurer für Verschlechterungen verantwortlich zu machen, wie es Jaenga tat. Ihr braucht das doch nicht mitzumachen. (Jaenga: Haben wir auch nicht gemacht!) Ob der Antrag 9 Chemnitz durchführbar sein wird, kann ich noch nicht sagen. Wir haben immer einen späteren Termin angefehrt, aber der Widerstand der Unternehmer ist verständlich, weil sie für die Bauaufträge schon die Tariflöhne einkalkulieren wollen. Zum Antrag 14 werden wir wenig unternehmen können, weil sich die fremden Truppen als die Herren im besetzten Gebiet fühlen. Aber wir können aus Meiers Ausführungen entnehmen, wie es mit der Freiheit der Arbeiter unter fremder Herrschaft steht. Ich empfehle Ihnen die Zustimmung zu den Verträgen. Wenn wir gleichzeitig beschließen, daß der Vertrag allgemein verbindlich sein soll, haben wir erreicht, daß der Tarifstundenlohn den Mindestlohn bildet. Weiter erhebt sich die Frage, wie bei den künftigen Verhandlungen verfahren werden soll. Wir werden die Vereinbarung der Löhne den örtlichen Instanzen überlassen. Im nächsten Jahre läuft der Tarif ab. Für die neuen Verhandlungen möchte ich dringend bitten, mich aus dem Spiele zu lassen, und lieber aus Ihrer Mitte eine fünf-gliedrige Kommission zu wählen, die dann vielleicht berichten kann, daß sie mehr erreicht hat, als dem Zentralvorstand möglich war. (Beifall.)

Nach persönlichen Bemerkungen der Kameraden Wulf, Merseburg, Jaenga, Emden, und Schrader wird die Abstimmung über den Reichstaxtarifvertrag vorgenommen.

Mit allen gegen 11 Stimmen wird dem Vertrag die Zustimmung der Versammlung erteilt. Gegen 7 Stimmen wird beschlossen, daß der Vertrag für allgemein verbindlich erklärt werden soll.

Durch diese Abstimmung sind die Anträge 7 und 8 erledigt. Kamerad Witt: Ueber Antrag 9 erübrigt sich eine Abstimmung. Die Mitglieder der Verhandlungskommission werden ja in diesem Sinne wirken. (Zustimmung.)

Die Anträge 10 und 11 werden abgelehnt.

Kamerad Janzen, Düsseldorf: Es wäre ja auch Pflicht der Gauleitung gewesen, im Sinne des Antrages 14 zu wirken. Nachdem ich jetzt endlich die Möglichkeit gehabt habe — die nostalgische Verbindung war ja abgeschnitten —, mit dem Coblenzer Kameraden zu sprechen, werden wir alles tun, um den Lohnausgleich zu erreichen.

Die Resolution Janzen und Genossen (Tarife für einheitliche Wirtschaftsgebiete) wird angenommen.

Kamerad Knüpfer, Berlin: Der Wunsch des Kameraden Schrader auf Einsetzung einer besonderen Verhandlungskommission könnte für unsere Mitgliedschaft von Schaden sein, wenn durch seine Verwirklichung der Zentralvorstand bei künftigen Tarifverhandlungen ausgeschaltet würde. Wir können zum Zentralvorstand nach wie vor das Vertrauen haben, daß er alles für die Mitglieder herausholt wird, was sich erreichen läßt. (Beifall.)

Kamerad Arnold, Bielefeld, schließt sich diesen Ausführungen an.

Kamerad Mehrings, Köln: Ich halte es nicht für glücklich, daß Kamerad Schrader hier noch ein zweites Vertrauensvotum verlangt, nachdem ihm das erste schon durch die Entlastung erteilt worden ist.

Kamerad Schrader: Diese Absicht liegt mir bei meinem Vorschlag durchaus fern.

Kamerad Englbrecht, München: Es liegt gar kein Misstrauensvotum darin, wenn wir dem Zentralvorstand eine Kommission beigesellen, die ihm einen Teil seiner Verantwortung abnimmt und die Schwierigkeiten solcher Verhandlungen kennen lernt.

Die Kameraden KühI, Bremen, und Kronsberg, Leipzig, sprechen sich im gleichen Sinne aus.

Kamerad Schrader: Der letzte Vorschlag ist nicht durchführbar und würde die Verhandlungen außerordentlich erschweren, zumal ja auch die übrigen Verbände an den Verhandlungen teilnehmen. Eins kann es nur geben, entweder Verhandlungskommission oder Zentralvorstand.

Die Versammlung beschließt, den Zentralvorstand auch in Zukunft mit der Führung der Tarifverhandlungen zu beauftragen.

Es folgt als nächster Punkt der Tagesordnung **Die Sozialisierung des Baugewerbes.**

Kamerad Bringmann: Die Sozialisierung ist ein Problem, das erst theoretisch gelöst werden muß, ehe man zu seiner praktischen Lösung kommen kann. In der nächsten Zeit wird sich ein Ueberblick darüber nicht gewinnen lassen, aber in der Frage der Sozialisierung des Baugewerbes hat sich schon der Kamerad Margref um eine Lösung bemüht, für die wir ihm Dank wissen. Als eine Lösung im ganzen kann dieser für Hamburg gedachte Versuch freilich noch nicht angesehen werden. Wir schlagen ihnen deshalb eine Resolution vor, die sich offiziell auf den Boden des Erfurter Programms, andererseits aber auch auf den Boden der gewerkschaftlichen Richtlinien stellt, die in der letzten Vorstandskonferenz aufgestellt worden sind. In letzter Zeit ist die Broschüre unseres österreichischen Genossen Otto Bauer, „Der Weg zum Sozialismus“, erschienen, die ich jedem Kameraden empfehlen möchte, da sie das Klarste ist, was bisher über die Sozialisierungsfrage geschrieben worden ist, und weil sie mit vielen gefährlichen Illusionen aufräumt. Diese Broschüre, die im Verlag der „Freiheit“ zum Preise von 50  $\text{M}$  erscheint, bringt den Zweck der Sozialisierung auf folgende kurze Formel: „Die Sozialisierung soll einerseits die Lage der Arbeiter und Angestellten, die in dem zu vergesellschaftlichen Industriezweig selbst arbeiten, verbessern. Sie soll andererseits der Volksgesamtheit die Einkünfte zur Verfügung stellen, die bisher den Kapitalisten zugeflossen sind.“ Sehr wichtig ist auch, was Bauer über die Durchführung der Sozialisierung sagt: „Manche glauben, ebenso schnell, ebenso plötzlich wie die politische Revolution könne sich auch die soziale Umwälzung vollziehen. Einem Tages könnten sich die Arbeiter mit einem Male aller Fabriken, Bergwerke, Handwerksbetriebe, Banken,

Grundherrschaften bemächtigen, die Kapitalisten und ihre Direktoren einfach hinausjagen; so werde am Abend Eigentum des arbeitenden Volkes sein, was am Morgen noch Eigentum der Kapitalisten und Grundherren war. Aber nicht auf diese Weise können wir zum Sozialismus kommen. Einen ganz andern Weg müssen wir einschlagen. Wir müssen in planmäßiger organisierender Arbeit, von einem Schritt zum andern zielbewußt fortschreitend, die sozialistische Gesellschaft allmählich aufbauen. Jede der aufeinanderfolgenden Maßregeln, die uns zur sozialistischen Gesellschaft führen sollen, muß wohl erwogen sein; sie darf die kapitalistische Organisation der Gütererzeugung nicht zerstören, ohne zugleich eine sozialistische Organisation aufzurichten, die die Gütererzeugung wenigstens ebenso vollkommen zu leiten vermag. Die politische Revolution war das Werk der Gewalt; die soziale Revolution kann nur das Werk aufbauender, organisierender Arbeit sein. Die politische Revolution war das Werk weniger Stunden; die soziale Revolution wird das Ergebnis kühner, aber auch l. önnener Arbeit vieler Jahre sein müssen. Uebrigens ist nach Bauer nur die Großindustrie, in der die Produktion in wenigen Großbetrieben, die von Aktien-gesellschaften beherrscht werden, konzentriert ist, zur sofortigen Vergesellschaftung reif. Die meisten Industriezweige sind es nicht. Wo noch nicht Direktoren und Beamte, sondern die Unternehmer selbst die technische und kaufmännische Leitung der Betriebe besorgen, können die Unternehmer nicht ausgeschaltet werden, ohne daß die Produktion durch den Wegfall sachkundiger Leitung geschädigt würde. Die meisten Industriezweige werden wir daher nicht sofort vergesellschaftlichen können, sondern sie zunächst organisieren müssen, damit ihre künftige Vergesellschaftung zielbewußt vorbereitet werde.

Manche sind ja der Auffassung, daß es nur darauf ankomme, Betriebsräte einzufügen, die würden dann die Sozialisierung schon durchführen. Bauer tritt für Arbeiterausschüsse ein. Er schreibt dazu: Die technische und ökonomische Leitung der Betriebe kann den Arbeiterausschüssen nicht übertragen werden. Die technische Leitung nicht, weil sie in den Händen sachkundiger, theoretisch und praktisch gebildeter Techniker, Ingenieure und Chemiker bleiben muß, wenn die Produktion nicht Schaden leiden soll. Aber auch die ökonomische Leitung nicht; denn jeder einzelne Betrieb soll nicht nur im Interesse der Arbeiter, die in ihm beschäftigt sind, verwaltet werden, sondern im Interesse der Gesamtheit des Volkes. Die Eisenbahnen sind nicht für die Eisenbahner allein da, sondern für die Volksgesamtheit, und die Möbelindustrie soll nicht im Interesse der Tischler allein verwaltet werden, sondern im Interesse der gesamten Gesellschaft. Deshalb wollen wir die ökonomische wie die technische Leitung der Industrie nicht den Arbeiterausschüssen der einzelnen Betriebe übertragen, sondern Verwaltungsräten, in denen neben den Vertretern der Arbeiter, die in der Industrie beschäftigt sind, die Vertreter des Staates und der Konsumenten sitzen und entscheiden. Wir wollen die Industrie nicht syndikalisieren, sondern sozialisieren, das heißt, nicht jeden Industriezweig den in ihm beschäftigten Arbeitern, sondern alle Industriezweige der Gesellschaft, der Gesamtheit aller Arbeitenden zu eigen geben. Darum muß die technische und ökonomische Leitung der Industrie den Organen der Volksgesamtheit übertragen werden. Die Regierung soll also die vergesellschaftete Industrie auch nicht verwalten. Bauer schreibt: Wenn die Regierung alle möglichen Betriebe beherrscht, dann würden sie dem Volke und der Volkvertretung gegenüber allzu mächtig; solche Steigerung der Macht der Regierung wäre der Demokratie gefährlich. Und zugleich würde die Regierung die vergesellschaftete Industrie schlecht verwalten; niemand verwalte Industriebetriebe schlechter als der Staat. Deshalb haben wir Sozialdemokraten nie die Verstaatlichung, immer nur die Vergesellschaftung der Industrie gefordert. Jeder vergesellschaftete Industriezweig wird vielmehr von einem Verwaltungsrat geleitet werden. Ein Drittel der Mitglieder des Verwaltungsrats wird von den Gewerkschaften der Arbeiter und von den Organisationen der Angestellten, die in dem Industriezweig beschäftigt sind, bestimmt. Ein zweites Drittel der Mitglieder des Verwaltungsrats bilden die Vertreter der Konsumenten. Das dritte Drittel Verwaltungsratsmitglieder endlich bilden die Vertreter des Staates. Ueblichlich zusammengesetzte Verwaltungsräte sollen die Verwaltung der Industrieverbände übernehmen, zu welchen die nicht vergesellschafteten Unternehmungen eines jeden einzelnen Industriezweiges zusammengeschlossen werden.

Bauer weist vor allem den Gewerkschaften eine bedeutende Rolle zu, nämlich: die Vertretung der Arbeiter in den Verwaltungsräten. Anders ist die Einflußnahme der Arbeiter auch kaum denkbar. Mit der Ausschaltung der Gewerkschaften würde man auf alle Fälle jeden Einfluß der Arbeiter auf die Leitung sozialisierter Unternehmungen unterbinden. Auf dieser Basis bewegen sich auch die Richtlinien für die künftige Wirksamkeit der Gewerkschaften, deren Annahme in der vorliegenden Resolution empfohlen wird.

Man lassen sich die erörterten Sozialisierungsmethoden auf das Baugewerbe nicht anwenden. Das Baugewerbe ist mit den Fabrikindustrien nicht zu vergleichen. Darum behandelt Bauer auch nicht die Sozialisierung des Baugewerbes, sondern die Sozialisierung des Wohnbodens und der Haus-haltungen. Zu diesem Zweck soll der Staat den Gemeinden das Recht zugeben, das städtische Bauland und die Miethäuser im Stadtbezirk zu enteignen. Der Staat soll weiter jedem Staatsbürger einen klaren Anspruch gegen die Gemeinde auf Zuweisung einer seinen persönlichen Verhältnissen angemessenen Wohnung gegen örtlichen Mietzins zugehen. Wird ein solches „Recht auf Wohnung“ anerkannt, so wird jede Gemeinde gezwungen sein, selbst dafür zu sorgen, daß die Bautätigkeit der Entwicklung des Wohnbedarfs angepaßt werde. Das „Recht auf Wohnung“ wird die Gemeinden zwingen, das Bauland entweder selbst zu bebauen oder zu Erbbaurecht an Baulustige und an Baugenossenschaften zu vergeben. Erst wenn solche Maßnahmen, wie sie Bauer vorschlägt, durchgeführt sind, ist die Befriedigung des Wohnbedarfs nicht mehr auf die Bauspekulation angewiesen. Damit bekommt auch das Baugewerbe eine andere Grundlage, als seine jetzige, die im wesentlichen auf der Bauspekulation beruht. Erst dann kann an die Sozialisierung des Baugewerbes herangegangen werden. Ist die Entwicklung so weit vorgeschritten, daß die Gemeinden selbst bauen, dann werden dazu Verwaltungsräte eingesetzt werden müssen, wie sie Bauer für die vergesellschafteten Industriezweige vorschlägt.

Zur Sozialisierung des Baugewerbes werden sich noch manche andere Stimmen melden. Wir wollen mitarbeiten an der Lösung dieses Problems. Zunächst stellen wir uns auf den Boden des Erfurter Programms und fordern den Einfluß der Gewerkschaften auf die Lösung des Problems. Damit stehen wir auf einem festen Fundament und bauen nicht in die Luft hinein. (Lebh. Beifall.)

Die vom Referenten vorgeschlagene Resolution lautet: „Ausgehend von dem Erfurter Programm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, wonach nur die Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln — Grund und Boden, Gruben und Bergwerke, Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen, Verkehrsmittel — in gesellschaftliches Eigentum und die Umwandlung der Warenproduktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion es bewirken kann, daß der Großbetrieb und die stets wachsende Ertragsfähigkeit der gesellschaftlichen Arbeit für die bisher ausgebeuteten Klassen aus einer Quelle des Glendes und der Unterdrückung zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt und allseitiger harmonischer Vervollkommnung werde, fordert die 21. Generalversammlung des Zentralverbandes der Zimmerer Deutschlands die möglichst baldige Inangriffnahme der Sozialisierung des Baugewerbes.“

Zur praktischen Durchführung der Sozialisierung und der gewerkschaftlichen Aufgaben erkennt die 21. Generalversammlung des Zentralverbandes der Zimmerer Deutschlands die von der Vorstandskonferenz am 25. April 1919 beschlossenen Richtlinien für die künftige Wirksamkeit der Gewerkschaften an. Diese sind abgedruckt im „Zimmerer“ Nr. 20.

Die Versammlung beschließt, von einer Diskussion des Vortrages Abstand zu nehmen.

Die vorgeschlagene Resolution wird angenommen.

**Ueber die Unterstützungseinrichtungen und Beitragsleistung im Verbands**

referiert Kamerad Gae: Die Vorlage, wodurch die Unterstützungssätze und die Beitragsleistung erhöht werden sollen, ist erforderlich geworden durch die Entwertung des Geldes und durch die große Spannung, die zwischen den höchsten und den niedrigsten Löhnen in unserm Beruf besteht. Der Einführung einer Kranken- und Sterbeunterstützung wurde bisher auf allen Generalversammlungen das Wort geredet, ebenso der Befreiung der arbeitslosen und frankten Mitglieder von der Beitragspflicht. Bisher hatten wir eine 10- bis 12wöchige beitragsfreie Zeit, aber die Lokalkassen hatten diese Zeit zur Erhebung von Ertragsbeiträgen benutzt. Wenn man Arbeitslose und Kranke vom Beitrag befreien will, dann ist es zweckmäßig, auch die Beitragsleistung wieder auf 52 Wochen zu erstrecken. Für die Beitragshöhe galt jahrelang der Grundsatz, daß sie einem Stundenlohn entsprechen soll. Später wurde darüber hinausgegangen, und die jetzige Vorlage bleibt mit den Beitragssätzen hinter dem Stundenlohn zurück. Die ungeheure Spannung der Löhne macht die Einführung von 25 Beitragsstufen notwendig. Das ist aber nicht so schlimm; denn jetzt haben die untersten 5 Beitragsklassen keine praktische Bedeutung. Es wäre aber ungewöhnlich, sie ganz zu streichen, weil wir ja mit einer Entung der Preise rechnen, der wohl auch eine Herabsetzung der Löhne folgen wird. Wenn den Anträgen auf Herabsetzung der Beiträge entsprochen wird, könnten wir die vorgesehenen neuen Unterstützungseinrichtungen nicht einführen. Die von uns vorgesehenen Lokalbeiträge sind Mindestsätze. Es soll jeder Lokalkasse freistehen, höhere Beiträge zu erheben. Die neu vorgesehenen Beiträge für jugendliche Arbeiter und Lehrlinge sollen nicht für Junggesellen gelten. Im Gegensatz zu früher wollen wir auch diese Jugendlichen heranziehen. Die Notwendigkeit einer Erhöhung der Streikunterstützung ist zweifellos. Sie wird nach den Beitragsklassen abgestuft. Es besteht die Möglichkeit, daß auch Jugendliche in Streiks verwickelt werden. Sie sollen in solchen Fällen M. 1 täglich erhalten. Es liegen eine ganze Reihe Uenderungsanträge zu den vorgeschlagenen Unterstützungssätzen vor. Der Verband braucht starke Reserven, um bei großen Kämpfen seinen Verpflichtungen nachzukommen. Die Bezugsdauer der Gemeinschaftsunterstützung soll von 6 auf 8 Wochen verlängert werden. Es wird jetzt häufig gesagt, daß nach Einführung der Reichserwerbslosenunterstützung die Verbandsarbeitslosenunterstützung überflüssig geworden sei. Diese Auffassung ist heute aber nicht mehr stichhaltig, nachdem das Reich durch die Friedensbedingungen vorwiegend wirtschaftlich außerordentlich geschwächt werden dürfte. Die Bezugsdauer wird nach der Vorlage verdoppelt. Das stellt eine erhöhte Belastung der Verbandskasse dar. Jede Beitragsklasse bildet auch eine besondere Unterstützungsklasse. Unsere heutigen Unterstützungsklassen enthalten Unebenheiten, die durch die Vorlage beseitigt werden. Die Sätze sind gleichmäßig erhöht worden. Mit 52 Beiträgen ist der höchste Unterstützungsbeitrag erreicht. Die Mehrheit der Mitglieder wird die höheren Sätze erhalten. Arbeitslosen- und Krankenunterstützung kann nicht gleichzeitig gezahlt werden. Die Unterstützungsperiode umfaßt 52 Wochenbeiträge. Um es unmöglich zu machen, daß ein Mitglied in jeder Unterstützungsperiode ausgefüllt werden kann, ist bestimmt, wer in einer Beitragsperiode von 156 Wochenbeiträgen dreimal ausgefüllt ist, hat erst wieder 104 Wochenbeiträge zu leisten, bevor er wieder unterstützt werden kann. Die Aufhebung der Karenzzeit würde eine Steigerung der Ausgaben um 32 pZt. bedeuten und 64 pZt. der Verbandsausgaben für diesen Zweck beanspruchen. Die Anträge auf Beseitigung der Karenzzeit sind also unannehmbar.

Die Anträge auf Einführung einer Krankenunterstützung sind auf jedem Verbandstag wiedergekehrt. Die Vorlage zeigt den Weg zu ihrer Verwirklichung. Es gilt hier, noch Erfahrungen zu sammeln. Bewährt sich die Einrichtung, so ist ihr Ausbau nicht schwer. Es sind nur drei verschiedene Unterstützungsklassen vorgesehen. Heute haben die Krankenkassen noch das Recht, die Verbandsunterstützung anzurechnen. Wir haben aber dazu keine Veranlassung und haben deshalb bestimmt, daß in solchen Fällen von uns keine Unterstützung gezahlt wird. Der Bezug der Krankenunterstützung ist an dieselben Voraussetzungen geknüpft wie die Arbeitslosenunterstützung. Die Reiseunterstützung wird beibehalten. Wir legen Wert darauf, daß der Reisende recht lange Reisen machen kann. Das Vorrecht der Nichtanrechnung der Reiseunterstützungen vom 1. Januar bis 31. März fällt nach der Vorlage weg. Für die Unterstützung in Sterbefällen gilt daselbe wie für die Krankenunterstützung. Das Sterbegeld soll in keinem Falle Anlaß zu einem Erbsreit werden, deshalb ist sein Bezug an bestimmten Voraussetzungen geknüpft.

Sollen die Unterstützungssätze in der vorgeschlagenen Höhe gezahlt werden, so ist auch die vorgeschlagene Beitragserhöhung notwendig. Die Uebergangsbestimmungen entsprechen eigentlich nicht versicherungstechnischen Grundsätzen und belassen die Hauptkassa außerordentlich. Wir wollen aber recht bald die Mitglieder in den Genuß der neuen Unterstützungssätze setzen. Wir wissen noch nicht, was die Zukunft uns bringen wird und ob das Reich instand sein wird, die Fürsorge für die Erwerbslosen und Kranken allein zu übernehmen. Darum müssen wir selbst die entsprechenden Einrichtungen treffen. Die Vorlage ist ein zusammenhängendes Ganzes. Wird ein Stück geändert, so erfordert das weitere Änderungen. Die Vorlage will außerdem erreichen, daß unser Reservefonds gestärkt wird. (Beifall.)

Kamerad Mehrings, Köln beantragt, daß zunächst über den Antrag 137 Berlin abgestimmt wird, der die Neueinführung der Kranken- und Sterbeunterstützung ablehnt.

Kamerad Schrader: Es liegen sehr viele Anträge vor und es empfiehlt sich, daß die Redner zunächst grundsätzlich die Fragen erörtern: Soll die Arbeitslosenunterstützung beibehalten und erhöht werden? Soll die Streikunterstützung erhöht werden? Sollen Kranken- und Sterbeunterstützung eingeführt werden? Soll die Beitragspflicht auf 52 Wochen ausgedehnt und soll die Beitragserhöhung für Arbeitslose und Kranke eintreten? Nach Abschluß der allgemeinen Aussprache werden wir eine Kommission bilden müssen, deren Vorlage dann die Grundlage der Beschlusfassung sein würde. Sind Sie mit diesem Vorschlag einverstanden? (Zustimmung.)

Kamerad Siebert, Friedrichshagen: Ich bin gegen die Einführung der Kranken- und Sterbeunterstützung. Diese Aufgaben müssen wir dem Staat überlassen. Wir werden später auch die Arbeitslosenunterstützung abschaffen können, denn die Hauptaufgabe des Verbandes darf nicht durch die Unterstützungseinrichtungen verwischt werden. 25 Beitragsklassen sind zu viel, 12 würden genügen. Die Streikunterstützung muß natürlich erhöht werden, aber sie sollte nach wie vor nach den Lohnklassen bemessen werden und nicht nach den Beiträgen.

Kamerad Huber, Hamburg: Die Hamburger Mitgliedschaft hat gegen die vorgeschlagene Beitragsstaffelung und Beitragshöhe nichts einzuwenden. Wir sind aber gegen die Kranken- und Sterbeunterstützung und wünschen dafür Ausbau der Streik- und Arbeitslosenunterstützung. Die Karenzzeit wollen wir auf 3 Tage herabgesetzt wissen. Es ist bei der schweren finanziellen Belastung des Staates sehr leicht möglich, daß er die Erwerbslosenunterstützung in absehbarer Zeit kürzen wird.

Um 1 1/2 Uhr tritt die Mittagspause ein. In der Nachmittagsitzung wird die Aussprache über die Unterstützungseinrichtungen und Beiträge fortgesetzt.

Kamerad Rogge, Magdeburg: Die Delegierten des Gau 8, mit Ausnahme des Wernburger Delegierten, lehnen die Kranken- und Sterbeunterstützung ab.

Kamerad Ehlers, Frankfurt a. M.: Gau 15 verlangt einen Ausbau der Arbeitslosen- und Streikunterstützung in mäßigen Grenzen. Auf die Dauer werden wir uns der Einführung einer Kranken- und Sterbeunterstützung nicht entziehen können.

Kamerad Tritschler: Vom Gau 18 lehnt Mannheim die Kranken- und Sterbeunterstützung ab, Oberbaden lehnt die Sterbeunterstützung ab, hält aber die Krankenunterstützung für zweckmäßig.

Kamerad Witt, Berlin: Der Gau Brandenburg ist für Weiterbestehen der Arbeitslosenunterstützung, aber wünscht nicht insgesamt ihre Erhöhung. Die Streikunterstützung muß der Geldwertung entsprechend erhöht werden. Wir sind gegen die Beitragspflicht von 52 Wochen und gegen die 25 Beitragsklassen. Die Kranken- und Sterbeunterstützung lehnen wir ab.

Kamerad Engelbrecht, München: Ueber die Einführung der Kranken- und Sterbeunterstützung sind bei uns die Ansichten geteilt.

Kamerad Müller, Bayreuth: Die Kranken- und Sterbeunterstützung lehnen die Nürnberger Kameraden ab, die übrigen Zahlstellen Nordbayerns wünschen aber diese Einrichtungen und auch den Ausbau der übrigen Unterstützungseinrichtungen.

Kamerad Zaenga, Emden: Die Streikunterstützung muß beträchtlich erhöht werden. Die Arbeitslosenunterstützung soll beibehalten und möglichst auch ausgebaut werden. Von unserm Gau sind 9 Delegierte gegen die Krankenunterstützung, 3 sind dafür, während sie sämtlich die Sterbeunterstützung ablehnen, da wir eine Kampforganisation bleiben wollen.

Kamerad Gog, Kattow: Wir sind für die Kranken- und Sterbeunterstützung, weil die anderen Organisationen auch solche Einrichtungen haben. Mit Rücksicht auf diese Organisationen sind wir auch gegen eine zu große Beitragserhöhung.

Kamerad Neumann, Stettin: Wir sind für Ausbau der Arbeitslosen- und Streikunterstützung, aber auch für Einführung der Kranken- und Sterbeunterstützung. Die Kriegsteilnehmer dürfen nicht in ihrem Bezugsrecht gemindert werden. Wir wünschen die Beitragspflicht für 42 Wochen.

Kamerad Hesnauer, Stuttgart: Wir wünschen Ausbau der Streik- und Arbeitslosenunterstützung. Die Krankenunterstützung hat unsere Zahlstelle schon seit Jahren beantragt. Für die Sterbeunterstützung sind wir nicht zu haben. Der Beitragserhöhung stimmen wir zu.

Kamerad Lohki, Darzig: Die größten Zahlstellen unseres Gaus sind gegen die Einführung der Kranken- und Sterbeunterstützung. Der Beitrag darf nicht zu sehr erhöht werden. Die Arbeitslosenunterstützung wird der Staat ausbauen müssen (Sehr richtig!), so daß wir vom Verband aus das nicht zu tun brauchen. Die Beitragspflicht muß auf 42 Wochen beschränkt bleiben.

Kamerad Probst, Breslau: Wir in Breslau sind gegen die Kranken- und Sterbeunterstützung, aber für Ausbau der Arbeitslosen- und Streikunterstützung. Die Beitragspflicht soll 42 Wochen betragen. Auf dem platten Lande wünschen die Mitglieder die Kranken- und Sterbekasse, gleichzeitig aber Ermäßigung der Beiträge. (Weiterkeit.)

Kamerad Hildebrand, Gültrow: In unserm Gau sind die Zahlstellen für Ausbau der Unterstützung, auch für Einführung der Kranken- und Sterbeunterstützung.

Kamerad Melzer, Dresden: Ein Lokalbeitrag von 10 M ist viel zu gering. 25 Beitragsklassen sind zu viel. Die Unterstützungen müssen ausgebaut werden. Wir wünschen auch die Einführung der Sterbe- und Krankenunterstützung.

Die Kranken und Arbeitslosen müssen von der Beitragspflicht befreit werden.

Kamerad Decker, Braunschweig: Der Gau 11 ist für Ausbau der Streik- und Arbeitslosenunterstützung. Ueber die Einführung der Kranken- und Sterbeunterstützung sind die Meinungen geteilt, ebenso über die Frage, ob die Beitragspflicht auf 52 Wochen ausgedehnt werden soll. Wir sind für Befreiung der Kranken und Arbeitslosen von der Beitragspflicht. Die Beitragsklassen müssen auf 13 herabgesetzt werden.

Kamerad Kroneberg, Leipzig: Gau 9 lehnt die Kranken- und Sterbeunterstützung, die Beitragsklassen der Vorlage und die Beitragspflicht für 52 Wochen ab. Wir wünschen Ausbau der Streik- und Arbeitslosenunterstützung.

Kamerad Böckel, Erfurt: Wir wünschen Ausbau der Streik- und Arbeitslosenunterstützung, lehnen aber die Kranken- und Sterbeunterstützung ab. Für die Beitragserhöhung der Kranken und Arbeitslosen treten wir ein. Die Beitragspflicht soll auf 42 Wochen beschränkt bleiben. Die jetzt zu wählende Kommission sollte bei den Uebergangsbestimmungen vorichtig prüfen, ob nicht die Kriegsteilnehmer durch die Vorlage sehr geschädigt werden.

Kamerad Janzen, Düsseldorf: Im Gau Rheinland-Westfalen sind die Delegierten einstimmig der Meinung, daß die Arbeitslosen und Kranken aus öffentlichen Mitteln besser als bisher unterstützt werden müssen und daß der Verband dazu nur einen Zuschuß leisten kann. Die Meinungen über die einzelnen Unterstützungseinrichtungen gehen auseinander. Düsseldorf wünscht Aufhebung der Arbeitslosenunterstützung, Duisburg wünscht ihre Umwandlung in eine Erwerbslosenunterstützung. Große Zahlstellen wünschen den Ausbau der Unterstützungseinrichtungen mit Rücksicht auf die übrigen Verbände. Die Streikunterstützung muß erhöht und schon vom ersten Tage an bezahlt werden. Die Beitragshöhe in unserm Verbands darf nicht allzusehr von der anderer Verbände abweichen. Dortmund beantragt fogar 30 Beitragsklassen, aber dann würde der Höchstbeitrag von M. 2,80 zu sehr die sonst üblichen Gewerkschaftsbeiträge übersteigen. Auch diejenigen Kameraden, die für 42 Beitragswochen sind, wollen in der übrigen Zeit die Lokalkassen stärken. Die Mehrheit ist für Beitragserhöhung der Kranken und Arbeitslosen. Damit schließt die Aussprache.

In der Abstimmung ist die große Mehrheit für Beibehaltung, Erhöhung und Ausdehnung der Arbeitslosenunterstützung und für Erhöhung der Streikunterstützung.

Die Einführung der Krankenunterstützung wird mit 45 gegen 38 Stimmen abgelehnt. (Braus!) Mit großer Mehrheit wird auch die Sterbeunterstützung abgelehnt, ebenso die Ausdehnung der Beitragspflicht auf 52 Wochen.

Die Beitragserhöhung für Kranke und Arbeitslose wird beschloffen. Die Stafflung in 25 Beitragsklassen wird abgelehnt, die Beitragserhöhung grundsätzlich angenommen.

In die Kommission werden folgende Kameraden gewählt: Marten (Kiel), Engelbrecht (München), Siebert (Friedrichshagen), Zobel (Kattow), Hildebrandt (Gültrow), Mahn (Hannover), Ehlers (Frankfurt), Kroneberg (Leipzig), Melzer (Dresden).

Vorsitzender Kamerad Witt bringt hierauf folgende Erklärung zur Kenntnis:

Die Unterzeichneten erklären, nur deshalb gegen die Resolution betr. Sozialisierung im Baugewerbe gestimmt zu haben, weil darin vermischt wird, unsere Forderung klar zum Ausdruck zu bringen, die jetzige Regierung dahin zu drängen, die Sozialisierung sofort in Angriff zu nehmen. gez. H. Gallwitz, K. Mally, W. Knebel, A. Kroneberg, Franz Benada, A. Oschag, G. Caspar, D. Lannert, J. Kühl, G. Diemer.

Während die Kommission zusammentritt, geht die Generalversammlung über zur Beratung der

**Anstellungsverträge und der Besoldung der sämtlichen Zahlstellenbeamten durch die Hauptkassa.**

Kamerad Römer begründet die hierzu eingebrachte Vorlage des Zentralvorstandes. Der Vorstand hat keine Anstellungsverträge ausgearbeitet, sondern Anstellungsbedingungen. Wenn die Hauptkassa die Zahlstellenbeamten besoldet, so muß dafür auch eine Gegenleistung gewährt werden, die mit 12 1/2 M Sonderbeitrag pro Woche und Mitglied aus der Lokalkasse vorgeschlagen ist, allerdings unter der Voraussetzung einer 52wöchigen Beitragspflicht, die ja nunmehr abgelehnt ist. Ein Angestellter soll nur für Zahlstellen mit mindestens 500 Mitgliedern bestellt werden; wenn kleinere Zahlstellen doch einen Angestellten haben, sollen sie wenigstens den Sonderbeitrag für mindestens 500 Mitglieder an die Hauptkassa abführen. Nach dieser Neuregelung müssen aber auch die Zuschüsse für die Lokalkassen aus der Hauptkassa wegfallen. An dem bisherigen Zustand, daß die Zahlstellen ihre Beamten selbst wählen und über sie verfügen, wird nichts geändert.

Kamerad Vollaß, Kiel: Der Beitrag von 12 1/2 M, den die Hauptkassa verlangt, ist entschieden zu hoch. Dann könnte die Zahlstelle Kiel den Angestellten auch allein bezahlen, aber der Beamte arbeitet doch nicht allein für unsere Zahlstelle, sondern auch für den Gau. 6 M würden genügen.

Kamerad Schuch, Berlin: Der jetzige Zustand, daß die Hauptkassa Zuschüsse zur Besoldung der Zahlstellenangeestellten leistet, muß endlich aufhören. Die Zahlstelle Berlin hat bis 1918 aus eigenen Mitteln für ihre Angestellten M. 119 650 geleistet, obwohl diese Angestellten nicht bloß für Berlin tätig waren. Nach unsern Berechnungen ist der Beitrag von 12 1/2 M angemessen. Eine zentrale Regelung ist dringend notwendig.

Kamerad Zaenga, Emden: Ich bitte den Antrag 368 Kiel abzulehnen, der verlangt, daß die Lokalkassen von der Zentralkasse besoldet werden sollen. Sie werden dadurch immer mehr abhängig vom Zentralvorstand. Wenn die größeren Zahlstellen sich Angestellte leisten, müssen sie sie auch selbst besolden. Wir kleineren Zahlstellen haben durchaus keinen Nutzen davon.

Kamerad Schrader: In das Anstellungsrecht der Zahlstellen greifen wir durchaus nicht ein. Darin ist Kamerad Zaenga im Irrtum. Tatsächlich haben auch die kleinen Zahlstellen einen großen Vorteil, denn für ihre in der Großstadt beschäftigten Mitglieder muß ja der Zahlstellenbeamte auch arbeiten. (Sehr richtig!)

Kamerad Rogge, Magdeburg: Mit dem Beitrag von 12 1/2 M ist doch das Jahresgehalt eines Zahlstellenbeamten nicht

zu decken. Die Zentralkasse müßte also dann doch Zuschüsse leisten. (Kamerad Schrader: Darauf kommt es auch nicht an. Die Zentralkasse deckt das Gehalt, auch wenn es die Beiträge übersteigt.) Es ist gar nicht nötig, daß die größeren Zahlstellen immer Beamte anstellen. Wir in Magdeburg können jetzt sehr gut ohne Angestellten aus.

Kamerad Oschag, Leipzig: Wir beantragen, daß den Zahlstellen nicht das Recht genommen werden darf, selbst ihre Angestellten zu besolden. Sonst wird es vorkommen, daß ein nicht wieder gewählter Angestellter vom Zentralvorstand einfach in eine andere Zahlstelle versetzt wird. Was Brot ich esse, des Lied ich singe!, so wird es auch hier kommen.

Kamerad Böckel, Erfurt: Die kleineren Zahlstellen werden durch diese Vorlage auch in die glückliche Lage versetzt, einen Beamten anzustellen. Der Kamerad aus Emden hat das wohl nicht recht erkannt. Wir beantragen, daß den Zahlstellen volle Freiheit in der Anstellung eingeräumt wird. Da der Zentralvorstand das auch will, können wir der Vorlage zustimmen. Die Mitglieder könnten uns freilich einen Vorwurf daraus machen, daß wir den Beamten Ferien einräumen, die uns im Tarif selbst noch nicht gewährt sind. Aber wir wollen das doch bei den nächsten Tarifverhandlungen erreichen und dann müssen wir es auch den Angestellten zubilligen. Der Beitrag von 12 1/2 M ist durchaus nicht zu hoch. Damit kann keine Zahlstelle einen Beamten anstellen. (Sehr richtig!)

Kamerad Arnold, Bielefeld: Die Vorlage kann ich nur begrüßen. Ich bin auch mit dem Beitrag von 12 1/2 M durchaus einverstanden; er ist nicht zu hoch, man könnte ihn ruhig auf 13 M abrunden.

Kamerad Lehmann, Hamburg: Wenn jetzt das Erstaunen über die Vorlage geäußert wird, so muß man fragen, ob diese Kameraden auch erst im November in die Bewegung hineingeführt sind. (Sehr richtig!) Der letzte Verbandstag hat doch den Zentralvorstand zur Einbringung dieser Vorlage beauftragt, weil verschiedene Zahlstellen sich bei der Besoldung ihrer Beamten nicht an die Beschlüsse der Generalversammlung gehalten, sondern das alte Wort beibehalten haben, daß der Arbeiter als Arbeitgeber der schlechteste Zahler ist. (Sehr richtig!) Unsere Anträge sind dadurch erledigt, daß Römer und Schrader erklärt haben, daß das Selbstbestimmungsrecht der Zahlstellen über ihre Beamten nicht angetastet wird.

Kamerad Böckel, Erfurt: Kamerad Lehmann kann doch den alten Verbandsmitgliedern, die schon auf der letzten Generalversammlung gegen diese Vorlage gestimmt haben, nicht das Recht befehlen, das heute wieder zu tun. Ich muß die Vorlage ablehnen, weil ich ihre Annahme als Vertreter von 21 kleinen Zahlstellen nicht verantworten könnte. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß unsere Beamten denselben Einkommen haben müssen, wie ein tüchtiger Zimmerer. Das ist aber bei einem Beitrag von 12 1/2 M nicht möglich.

Kamerad Wulf, Merseburg: Ich stimme der Vorlage zu, nachdem erklärt worden ist, daß die Zahlstellen nach wie vor durchaus selbstständig über Anstellung und Entlassung der Angestellten verfügen können.

Kamerad Diemer, Stuttgart: Auch ich bin für die Vorlage. Bei uns in Stuttgart haben die linksstehenden Sozialdemokraten den Angestellten gestanden, der Mehrheitssozialist war. Ich erwähne das, weil sich daraus ergibt, daß wir nicht unsere Beamten wegen ihrer politischen Gesinnung maßregeln.

Kamerad Töpfer, Jena: Wir sind gleichfalls für die Vorlage, aber ich würde es für richtiger halten, wenn unsere Beamten, wie jeder Arbeiter, ihr Gehalt erst nach getauer Arbeit und nicht im Voraus erhalten.

Kamerad Mailly, Chemnitz: Wir treten für die Vorlage ein, der Beitrag von 12 1/2 M scheint mir aber zu hoch. Von einem besondern Vertragsschema könnten wir wohl absehen, denn wer das Vertrauen nicht mehr genießt, sollte sich auch nicht auf den Vertrag verlassen.

Kamerad Mehrings, Köln: Die Vorlage und der Beitrag ist annehmbar, aber mir gefällt der Satz nicht: „Das Gehalt steigt jährlich um so und so viel.“ Wir verwerfen doch die Staffellöhne. Der Beamte müßte immer das Einkommen des bestbezahlten Zimmerers bekommen. Wenn Rogge Lokalbeamte für überflüssig hält, so ist das in seinem Falle verständlich, denn wenn der Gauleiter die Arbeit der Zahlstellenbeamten mitmacht, dann braucht man natürlich keinen. (Sehr gut!)

Kamerad Decker, Braunschweig: Wir sind mit der Vorlage voll einverstanden und begrüßen die Erklärung des Vorstandes, daß das Selbstbestimmungsrecht der Zahlstellen nicht berührt wird. Bisher gab es leider Zahlstellenbeamte, die weniger als ein Zimmerer verdienten.

Kamerad Birchholz, Gera: Ich kann mich dem Vordränger anschließen, glaube aber nicht, daß es so schlechtbesoldete Zahlstellenbeamte gegeben hat.

Kamerad Ränker, München: Ich begrüße die Vorlage. Es sollte jedoch der Satz angefügt werden: „Die Angestellten der Zahlstelle haben sich jedes Jahr zur Neuwahl zu stellen.“

Kamerad Arndt, Halle: Ich stimme der Vorlage zu, bedauere aber die Zurückziehung des Braunschweiger Antrags, wonach den kleineren Zahlstellen aus der Hauptkassa ein Zuschuß gewährt wird als Ausgleich für die Besoldung der Beamten in den größeren Zahlstellen.

Kamerad Rappell, Nürnberg: Die unsichere Stellung des Lokalbeamten kann seine Arbeitsfreudigkeit nicht steigern. Deshalb bitte ich um Ablehnung der Anträge, die darauf hinielen. Mit den Anstellungsbedingungen bin ich einverstanden, nur hege ich Befürchtungen wegen der in der Vorlage vorgesehenen Berechnung der Sonderbeiträge.

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Kamerad Römer (Schlußwort): Bisher sind große Zuschüsse an einzelne Lokalkassen geleistet worden, 1918 über M. 40 000 und für dieses Jahr würden sie über M. 60 000 betragen. Dieses Verhältnis wollen wir gerade deswegen beseitigen, weil es eine Ungerechtigkeit für die kleineren Zahlstellen bedeutet. An Stelle der Zuschüsse übernimmt die Hauptkassa die Besoldung der Lokalbeamten und da das mehr ausmacht als die bisherigen Zuschüsse, wollen wir den Sonderbeitrag erheben. Auf die Gehälter hat das keinen Bezug, weil ja eine Kommission sich noch mit der Höhe der Gehälter befassen soll. Wir haben gar nicht daran gedacht, das Selbstbestimmungsrecht der Zahlstellen insbesonders auf die Angestellten einzuschränken. Was Mehrings Einwand betrifft, so haben doch alle Generalversammlungen beschlossen, daß der Beamte zunächst ein Anfangsgehalt be-

kommt, das steigt, nachdem er sich eingearbeitet hat. Den Antrag Engelbrecht brauchen wir garnicht annehmen. Es kann den Zahlstellen überlassen bleiben, ob sie ihren Angehörigen alljährlich wählen oder ob sie ihn für längere Zeit anstellen wollen. Wir wollen da nicht eingreifen. Ich empfehle, die Angelegenheit einer Kommission von 7 Mitgliedern zu übertragen, in der auch je ein Vertreter des Vorstands und des Ausschusses mitwirken könnte.

In einer persönlichen Bemerkung wendet sich Kamerad Rogge, Magdeburg, gegen die Ansicht, daß in Magdeburg der Gauleiter die Arbeit des Zahlstellenbeamten mit erledigt. Das trifft nicht zu.

In die vom Kamerad Römer angeregte Kommission werden gewählt die Kameraden Beck (Essen), Dehmichen (Dresden), Döpfer (Jena), Baumach (Cassel), Gamm (Lübeck), Groß (Ulm) und Neumann (Stettin) gewählt. An der Kommissionsberatung nehmen teil Kamerad Römer für den Vorstand und Kamerad Kube für den Ausschuss. Schluß der Sitzung 6 Uhr.

**4. Sitzung. Donnerstag, 5. Juni.**

Vorsitzender Kamerad Schrader eröffnet die Sitzung um 9 1/2 Uhr.

Die Anwesenheitsliste wird verlesen. Kamerad Schrader gibt ein Schreiben der Düssel-dorfer Kameraden bekannt, in dem mitgeteilt wird, daß die Generalversammlung der Zahlstelle gegen den Leitartikel in Nr. 22 des „Zimmerer“ protestiert und den Antrag befaßt hat, daß der Zentralvorstand seiner Kammer entboden und nicht wiedergewählt werden soll.

Der Vertreter der Bauarbeiterschulskommission, Genosse Heintze, Berlin, referiert hierauf über

**Sozialpolitische Forderungen zur Frage der Weiterentwicklung des Bauarbeiterschutzes.**

Er führt etwa folgendes aus: Auf dem letzten Bauarbeiterkongress haben wir beschlossen, auf dem Gebiet der Landesgesetzgebung auf Erweiterung des Bauarbeiterschutzes hinzuwirken. Es ist nicht richtig, daß während des Krieges diese Bestrebungen nicht gefördert worden seien. 1918 beantragten wir bei der preussischen Regierung die Erweiterung der Dichtung der Winterbauten. Erst nach mehr als einem Jahre wurde diese Petition dahin beantwortet, daß ein Bedürfnis dafür nicht anerkannt wird. Es bleibt also der Schutz nur auf 6 Monate beschränkt. Eine Eingabe des Dachdeckerverbandes auf größeren Schutz bei Dacharbeiten, die 1914 der preussischen Regierung zugeht, ist heute noch nicht beantwortet. (Hört! hört!) Nur eine Empfangsbestätigung hat der Dachdeckerverband erhalten. Die Unfallverhütungsvorschriften im Hochbau sind in den einzelnen Berufsgenossenschaften grundverschieden. Wir verlangten von der Regierung einheitliche Grundzüge für diesen Schutz. Darauf haben wir am 11. Februar 1919 eine Antwort erhalten, in der solche Grundzüge in Aussicht gestellt werden. Es sollen auch Modelle und Zeichnungen im Museum angebracht werden. Die Ausführungsbestimmungen für Beton- und Eisenbauten vom Januar 1916 und die für die Eisenbauten vom Februar 1917 bedeuten für uns einen wesentlichen Fortschritt. Es haben daran sämtliche Landesregierungen mitgearbeitet. Der Erlass vom 13. November 1918, betreffend die außertermliche Ueberwachung der Bauten durch Arbeiterkontrollure, unterscheidet sich darin von dem früheren aus dem Jahre 1910, daß dieser die Kontrolle nicht überlassen wollte, während jetzt die Bauarbeiterkontrollure im Einvernehmen mit den Gewerkschaften für Preußen obligatorisch angestellt werden müssen. Wo die Regierungspräsidenten nicht an die Sache herangehen wollen, müssen die Verbandsmittelglieder mit ihrem revolutionären Eifer auf Durchführung des Erlasses hinwirken. In erster Linie werden als Kontrollure ja Maurer und Zimmerer herangezogen werden müssen, aber nach Maßgabe der Betriebe auch Betonarbeiter. Es empfiehlt sich, auch die christlichen Gewerkschaften in gewissen Grenzen zu beteiligen. (Hört! hört!) Das Berufsgenossenschaftswesen bedarf einer Umgestaltung. Die Arbeiter haben bisher dabei nichts zu sagen, sie müßten aber in den Vorständen der Berufsgenossenschaften in gleicher Zahl wie die Unternehmer vertreten sein, wenn die Interessen der Unfallverletzten in der richtigen Weise gewahrt werden sollen. Die Möglichkeit dazu ist ja in der Reichsversicherungsordnung geschaffen, aber die Unternehmer sträuben sich dagegen. Ein Arbeiterbetrat wie bei der Seeberufsgenossenschaft genügt nicht. Wir verlangen Rechte für die Arbeiter und eine Demokratisierung der Berufsgenossenschaften. Der Einwand, daß die Arbeiter keine Beiträge zahlen, ist nicht stichhaltig; denn der Unternehmer zahlt die Beiträge für die ihm beschäftigten Arbeiter, die ihm doch die Beiträge verdienen. (Sehr richtig!) 12 bis 15 Jahre haben manche Berufsgenossenschaften ihre Unfallverhütungsvorschriften unverändert gelassen. Das Reichsversicherungsamt macht leider diese Verschleppung der notwendigsten Reformen mit und bei den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften ist sein Einfluß durch die Macht der Agrarier überhaupt ausgeschaltet. Durch rationell durchgeführten Arbeiterschutz könnten die Unfälle und die Berufskrankheiten auf die Hälfte reduziert werden und der Staat könnte große Summen dadurch sparen. (Sehr richtig!) Noch während des Krieges hat das Reichsversicherungsamt fast alle Eingaben auf Heranziehung von Arbeiterkontrolluren abgelehnt. Heute sind dazu alle Bundesregierungen bereit, mit Ausnahme von Hamburg, Württemberg und Baden. Der Präsident des Reichsversicherungsamts kommt aber immer wieder mit seinem Vorschlag von „Unfallvertrauensmännern“, die wir für ungenügend halten. Die Aufgaben des Arbeiterkontrollurs sind einfach genug. Die Gewerkschaften werden dazu schon nicht die Dummsten ausfinden. Der Einwand, daß die Arbeiter zu solchen Posten nicht befähigt seien, ist also eine bloße Ausrede. Noch kurz vor der Revolution haben die Berufsgenossenschaften die Arbeiterkontrollure entschieden abgelehnt. Neben der Demokratisierung der Berufsgenossenschaften müssen wir fordern, daß auch die Rentenbeiträge verbessert werden auf der Grundlage, daß bei völliger Erwerbslosigkeit auch der volle Arbeitsverdienst entschädigt wird. Das Wahlverfahren zu den Versicherungsämtern und zum Reichsversicherungsamt muß verbessert werden. Alle diese Forderungen können wir aber nur durchsetzen, wenn die Arbeiterschaft einig und geschlossen dasteht. (Beifall.)

Kamerad Janzen, Düsseldorf: Die heutige Generalversammlung sollte zum Ausdruck bringen, daß in allen Zahlstellen den Fragen des Bauarbeiterschutzes größere Auf-

merksamkeit geschenkt wird und daß gemeinsam mit den übrigen baugewerblichen Organisationen die Bauarbeiterschulskommissionen wieder ins Leben gerufen werden.

Kamerad Witt, Berlin: Die Behörden sind in diesen Fragen noch außerordentlich rüchständig. Wenn den berechtigten Forderungen der Bauarbeiter nicht bald Rechnung getragen wird, dann sollte diesen Wünschen durch einen Bauarbeiterkongress verstärkter Nachdruck gegeben werden. Wir als Verband müssen auch unsern Einfluß dahin geltend machen, daß die Arbeiterkontrollure auf den Bauten im größtem Umfange ihre Aufgabe erfüllen können.

Kamerad Schrader begrüßt die inzwischen aus Amsterdam eingetroffenen Vertreter der holländischen Kameraden, van der Waal und Kaptein.

Kamerad Neumann aus Frankenthal teilt in einem Schreiben mit, daß ihm die Ausreisefreiheit verweigert worden sei.

**Es folgt Punkt 7 der Tagesordnung:**

**Vertragsabschluss mit dem Deutschen Polierbund.**

Kamerad Schrader: Schon am 13. Juli 1916 wandte sich der Polierbund an die Baugewerkschaften mit dem Ersuchen um den Abschluß eines Vertrages, der ein gedeihliches Nebeneinanderarbeiten mit den Gewerkschaften sichern soll. Wir haben damals wie heute auf dem Standpunkt gestanden, daß eine besondere Organisation für Poliere nicht notwendig ist, sondern daß die Poliere, die in gehobener Stellung schließlich doch dieselben Arbeiter sind wie wir, ihre Interessen auch in unserer Organisation vertreten könnten. (Sehr richtig!) Wir haben trotzdem das Angebot nicht einfach abgelehnt, sondern haben zweimal in Braunschweig und Cassel, außerdem noch schriftlich verhandelt mit dem Ergebnis, daß ein Vertragsentwurf zustande gekommen ist, der den Delegierten gedruckt vorliegt. Dieser Vertrag enthält die Anerkennung der beiderseitigen Organisationen, und es könnte damit in der Tat erreicht werden, daß das jetzt sehr häufig recht wenig angenehme Verhältnis zwischen den Polieren und unsern Kameraden gebessert wird. Der Vertrag bestimmt auch besonders, daß die Poliere gehalten sind, unsern Baudelegierten ihre Aufgabe zu erleichtern und mit ihnen gemeinsam Differenzen zu schlichten. Bei Arbeitskämpfen soll gegenseitige Unterstützung, mindestens aber freundschaftliche Neutralität gelten. Dieses Verhältnis ist schon im vorigen Jahre eingetreten, als die Poliere ihre Lohnbewegung mit Erfolg durchgeführt haben. Wenn unsere Kameraden streiken, darf auch der Polier unter keinen Umständen die Arbeit der Streikenden ausführen, während anderseits unsere Mitglieder nicht die Stelle von streikenden Polieren einnehmen dürfen. Der Deutsche und der Christliche Bauarbeiterverband haben schon seit über einem Jahre diesem Vertrag zugestimmt. („Traurig genug!“) Wir haben erklärt, daß wir in dieser Frage die Entscheidung unserer Generalversammlung überlassen müssen. Sinderlich ist uns dieser Vertrag nicht, große Vorteile bringt er uns auch nicht; aber es wäre doch ein Vorteil, wenn auf diese Weise das Verhältnis zwischen Kameraden und Polieren gebessert und die Tätigkeit unserer Baudelegierten erleichtert wird. Ich weiß, daß die Mehrheit der Delegierten gegen den Vertrag sein wird; es würde aber im Interesse unserer Organisation liegen, wenn wir auch hinter die Gardinen der Vereinbarung zwischen dem Polierbund und den übrigen Bauarbeiterorganisationen sehen können. Früher haben wir auch die christlichen Organisationen nicht anerkannt. Damit sind wir aber nicht vorwärts gekommen und wir sind heute gezwungen, mit ihnen zu paktieren. Durch die Ablehnung des Vertrages werden wir den Polierbund mit seinen rund 9000 Mitgliedern auch nicht beseitigen. Ich würde deshalb empfehlen, dem Vertrag zuzustimmen.

Von Düsseldorf, Köln und Hamburg liegt dazu ein Antrag vor, den Vertragsabschluss abzulehnen.

Kamerad Kaspar, Bremen: Wir können den Sonderbund der Poliere nicht anerkennen. In diesem Bund sind gerade die vereint, die uns immer Knüttel zwischen die Beine geworfen haben. (Sehr richtig!) Die aufgelaufenen Poliere sind fast sämtlich bei uns schon organisiert, und wir haben mit ihnen ein gutes Verhältnis. Wenn der Vertrag ausdrücklich sagt, daß die Poliere nicht benötigt sind, mit uns gemeinsam die Arbeit niederzulegen, so kennzeichnet das schon diese Sonderblendei. Wir lehnen den Vertrag ab. Die Rechte, die uns der Reichstarif hinsichtlich der Baudelegierten gibt, dürfen durch diese Ablehnung nicht geschmälert werden. (Beifall.)

Kamerad Huber, Hamburg: Wer auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung steht, kann unmöglich diesem Vertrag zustimmen. Der Bund ist entstanden durch den Druck der Arbeitgeber, und die Masse seiner Mitglieder sind diejenigen, die bei den großen Kämpfen sich bei den Unternehmern Viehhind gemacht haben. Wir protestieren deshalb gegen die Anerkennung dieses Sonderbundes. Wenn die beiden Bauarbeiterverbände ihn anerkannt haben, so haben sie damit eine große Dummheit gemacht. Durch die Anerkennung des Vertrages würden wir die jetzt bei uns organisierten Poliere dem Sonderbund in die Arme treiben. (Beifall.)

Kamerad Gamm, Lübeck: Ich kann mich dem Vortredner ganz anschließen. Bei uns gehören sämtliche Poliere mit wenigen Ausnahmen unserm Verband an; aber beim Polierbund sind hauptsächlich diejenigen, die uns als Streikbrecher in den Rücken gefallen waren. Ich habe ihnen in Lübeck gesagt, wenn sie von uns Solidarität verlangen, müßten sie die Streikbrecher ausschließen. Das haben sie abgelehnt. Ich bitte Sie, den Vertrag abzulehnen. (Beifall.)

Kamerad Wolke, Kiel: Wenn wir den Vertrag annehmen, werden viele der jetzt bei uns organisierten Poliere fahnenflüchtig werden. Es gibt zwei Sorten Poliere. Die richtigen machen sich die Finger nicht schmutzig, aber die Schieber und Antreiber können wir als Poliere nicht anerkennen. Den Vertrag müssen wir ablehnen. (Beifall.)

Kamerad Böbler, Schönebeck: Die Delegierten des Gaus 8 erblicken in der Anerkennung des Vertrages eine Schädigung unserer Organisation. Diese Poliere haben zum großen Teil als Streikbrecher gegen uns gearbeitet. Nach der Revolution verlangte ich auch von den Polieren bei uns, daß sie sich bei uns organisieren, was sie auch getan haben. Da kam aber der örtliche Vorsitzende des Polierbundes und behauptete, ich hätte gegen den Vertrag verstoßen. Ich habe hauptsächlich nicht darauf eingelassen, aber die beiden Poliere sind ausgetreten. Wir lehnen den Vertrag ab. (Beifall.)

Kamerad Decker, Braunschweig: Der Braunschweiger Bezirksvorsitzende Krebs des Polierbundes ist der frühere

Vorsitzende der Haberstädter Zahlstelle, der bei der Aussperrung den Unternehmern Berichte geliefert und als Streikbrecher gewirkt hat. („So sind sie alle!“) Gegen unsere Kameraden läßt er sich jetzt ja nichts zu schulden kommen. Der Polierbund ist ein Werkzeug der Unternehmer. Wir haben bei uns festgestellt, daß die Unternehmer 2 Poliere, die wir zum Eintritt in unsere Organisation aufgefordert hatten, selbst zum Polierbund geschickt, damit sie in diese Lieblingsorganisation der Unternehmer eintreten. Wir haben dem Polierbund erklärt, wenn sie durch ihre Handlungsweise ihre Zuerlässigkeit beweisen können, würden wir mit ihnen ein brüderliches Kartell schließen können; aber nur unter der Bedingung, daß sie bei unsern Kämpfen volle Solidarität üben und die Arbeit ebenfalls niederlegen. Den jetzigen Vertrag lehnen wir ab. (Beifall.)

Kamerad Diemer, Stuttgart: Den Vertrag können wir nicht annehmen. Der Polierbund hätte sich sicherlich nicht an uns gewandt, wenn nicht die Umwälzung eingetreten wäre. Die Poliere sind zum größten Teil Kapitalistknechte des Unternehmertums. Mit denen können wir keine Gemeinschaft haben. (Beifall.)

Kamerad Mehring, Köln: Jede Stunde kostet uns hier annähernd M. 300. Das ist der Polierbund wirklich nicht wert. (Sehr richtig!) Die Zeit hätten wir lieber auf die Erörterung der Tiefbaufragen verwenden sollen. Die Generalkommission hat freilich den Polierbund anerkannt; wir wollen aber diese Diktatur nicht mitmachen. Bei uns in Köln sind die Hauptträger unseres Verbandes die Poliere und nur fünf gehören dem Polierbund an. Thiemann als Vorsitzender des rheinischen Arbeiterbundes lehnt den Polierbund auch ab. Da haben wir als Arbeiter doch erst recht keine Veranlassung dazu. (Beifall.)

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen. Kamerad Schrader (Schlußwort): Wenn ein Redner sagte, daß die beiden Bauarbeiterverbände eine große Dummheit durch die Anerkennung des Vertrages gemacht haben, so wird das die Zukunft lehren müssen. Wenn der Vertrag abgeschlossen wird, so brauchen doch deswegen Poliere, die jahrelang Verbandsmitglieder sind, nicht auszutreten. Wenn solche Austritte erfolgen, wird dafür wohl maßgebend sein, daß sie wegen ihrer geicherten Stellung den Hauptwert auf Kranken- und Sterbensversicherung legen. Kamerad Diemer hat daneben gehauen, wenn er die Haltung des Polierbundes mit der Revolution in Zusammenhang bringt. Das Angebot des Bundes ist doch schon 1916 lange Zeit vor der Revolution erfolgt. Wenn sie den Vertrag ablehnen, so werden wir vom Zentralvorstand uns deshalb nicht die Haare ausreißen; aber wir würden doch das Vertragsverhältnis für viele Orte für vorteilhaft halten. Was die Solidarität betrifft, so haben große Zahlstellen wie Berlin und Hamburg bei ihren Kämpfen ausdrücklich den Polieren gesagt, daß sie die Arbeit nicht einstellen dürfen. Kommen sie zur Ablehnung des Vertrages, dann wird dadurch der Zentralvorstand und auch der Polierbund nicht zugrundegehen; aber wir werden uns vielleicht in einigen Jahren nochmals damit beschäftigen müssen.

In einer persönlichen Bemerkung stellt Kamerad Lehmann, Hamburg, fest, daß bei der Aussperrung 1909 auch die Poliere zur Arbeitseinstellung aufgefordert wurden, dieser Aufforderung zum Teil aber nicht nachgekommen sind.

Kamerad Schrader: Ich sprach nicht von 1909, sondern von den früheren Kämpfen.

Der Vertrag wird mit großer Mehrheit abgelehnt. Es folgt die Beratung von Anträgen.

Der Antrag Hannover auf Aenderung des Verbandsnamens in „Deutscher Zimmererverband“ wird nach kurzer Aussprache abgelehnt.

Friedrichshagen und Breslau beantragen ein Eintrittsgeld von M. 1; Hannover beantragt, daß bei der Wiederaufnahme gestrichener Mitglieder das Eintrittsgeld M. 5, im übrigen M. 2 betragen soll.

Kamerad Janzen, Düsseldorf, beantragt die Verdoppelung der jetzigen Eintrittsgelder auf M. 1 und M. 3.

Kamerad Laue, Leipzig: Wir sollten M. 1 Eintrittsgeld beschließen, aber die erhöhte Erneuerungsgebühr fallen zu lassen.

Kamerad Berada, Berlin: Die Festsetzung der Erneuerungsgebühr sollte den einzelnen Zahlstellen überlassen bleiben. Wir sind für den Antrag Friedrichshagen.

Kamerad Rudolph, Hamun, schließt sich dem Antrage Janzen an.

Kamerad Arnold, Bielefeld: Ich bin gegen M. 1 Eintrittsgeld. Das erste Eintrittsgeld müßte sehr niedrig sein, die Erneuerungsgebühr aber muß mindestens M. 3 betragen. Ich persönlich halte es nicht für richtig, daß die Zahlstellen selbständig die Erneuerungsgebühr erhöhen können.

Kamerad Wulf, Merseburg, schließt sich dem Vortredner an.

Kamerad Rümer, Hamburg: Die Verminderung des Geldwertes rechtfertigt eine Erhöhung des Eintrittsgeldes. Schon das neue Mitgliedsbuch kostet mehr als 50 Pf. Wir schlagen deshalb vor, das Eintrittsgeld auf M. 1 und die Erneuerungsgebühr auf M. 2 zu erhöhen. Die Zahlstellen haben ja die Möglichkeit, diese Gebühr weiter zu erhöhen. Dieses Recht sollte den Zahlstellen auch nicht genommen werden. Für den Erlass verlorener Mitgliedsbücher sind 25 Pf. viel zu gering. Diese Duplikate erfordern erhebliche Kosten, mitunter M. 5. Wir sollten deshalb für Duplikate M. 1 festsetzen.

Kamerad Kanfer, München, stimmt den Vorschlägen des Kamerad Römer zu.

Kamerad Janzen, Düsseldorf, zieht seinen Vorschlag zurück.

Es wird beschlossen, das Eintrittsgeld auf M. 1, die Erneuerungsgebühr auf M. 2 zu erhöhen. Für Duplikate ist M. 1 zu zahlen.

Um 12 Uhr wird die Sitzung geschlossen, da nachmittags ein Ausflug stattfindet.

**Verbandsnachrichten.**

**Kassengeschäftliches.**

In der Zeit vom 1. bis 31. Mai gingen folgende Beträge beim Unterzeichneten für die Zentralkasse ein: Aus Malen M. 111, Altrahstedt 71,35, Bad Sachsa 26,30, Banzhen 100, Belgard —, 25, Boizenburg 70,90, Bramsche 23,90, Braunschweig 92,50,



ernsten Zeit halber Abstand genommen. Kamerad Böhl forderte die Kameraden auf, in politischer Hinsicht mehr auf dem Posten zu sein und sich an den Vorträgen der R. P. D. rege zu beteiligen. Anlässlich des aller Gerechtigkeit hohnsprechenden Urteils im Liebknecht-Prozess wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die Zimmerer der Zahlstelle Spandau protestieren auf das schärfste gegen das Urteil im Liebknecht-Prozess und verlangen Aufhebung des Urteils und Stellung der Mörder sowie aller derjenigen, die mitschuldig sind an dem Zustandekommen eines solchen Urteils, insbesondere die Gert, Scheidemann, Noske, vor ein Revolutionsgericht.“ Diese Resolution soll in der „Freiheit“ und im „Zimmerer“ veröffentlicht werden. Auf Anregung des Kameraden Fritz Wolf, doch etwas für unsere politischen Gefangenen, die Vorkämpfer für Freiheit und Recht, zu schaffen, um deren Not zu lindern, wurde einstimmig beschlossen, schon an diesem Sonnabend, 24. Mai, Sammelkisten auszugeben. Nachdem Kamerad Böhl II den Kandidaten Wilh. Knebel noch aufgefördert hatte, sich auf der Generalversammlung nicht breitschlagen zu lassen sondern in freierem Sinne für unsere Interessen einzutreten, war Schluss der Versammlung.

**Stettin.** Am 26. Mai fand bei Riptow unsere Versammlung statt. Die Tagesordnung lautete: „Bericht über das Schreiben des Arbeitgeberbundes und unsere Stellung dazu.“ Wie Kamerad Michaelis berichtete, verweisen die Unternehmer nochmals darauf, daß in dem jetzt gezahlten Stundenlohn von M 2 das Geschirrgeld einbegriffen sei. Sie wollen aber, falls die Arbeit aufgenommen wird, sich einem unparteiischen Schiedsgericht unterwerfen. Kamerad Müller erstattete den Situationsbericht. Es haben sich am 23. Mai 113 Kameraden zur Kontrolle gemeldet. Er teilte weiter mit, auf welchen Plätzen gearbeitet wird. Vom Platz Wagner ist ein Schreiben eingelaufen, wonach die Forderung bewilligt ist. Da aber zwei Drittel der Mitglieder noch arbeiten, wird stark bezweifelt, ob sie alle korrekt nach dem Versammlungsbeschluss handeln. Die Offizierwehr hat ein namentliches Verzeichnis der Kameraden, die bei der Firma „Comet“ arbeiten, überfandt, mit der Mitteilung, daß die Zimmerer mit dem heutigen Tage von der Werk übernommen sind. Da dies Manöver aber zu durchsichtig und nur gemacht ist, um unsere Forderung zu umgehen, wird es als Schiebung betrachtet. Die in Frage kommenden Kameraden sollen die Arbeit ebenfalls einstellen. In der Diskussion brachten die Redner einstimmig zum Ausdruck, daß der letzte Versammlungsbeschluss erweitert werden solle und das Ansinnen der Arbeitgeber, erst die Arbeit aufzunehmen und dann sich einem Schiedsgericht zu unterwerfen, ganz entschieden abgelehnt werden müsse. Mehrere Kameraden vertraten die Ansicht, selbst dort, wo Geschirrgeld geliefert respektive Geschirrgeld gezahlt werde, die Arbeit so lange einzustellen, bis die betreffenden Arbeitgeber erklären, das Geschirrgeld vom 1. April an nachzuzahlen. Diskutiert wurde, ob die Poliere, die bei uns organisiert, ebenfalls die Arbeit einzustellen haben; ferner, ob die Kameraden die Arbeit einstellen sollen, die in Pödejuch für einen höheren Lohn arbeiten. Als die Situation sich geklärt hatte, wurde folgender Beschluss mit großer Majorität angenommen: „Es ist morgen, 27. Mai, von sämtlichen Kameraden, mit Ausnahme der Poliere, die den Lohn schon vorher mit 25 pZt. Aufschlag erhalten haben, und der Kameraden in Pödejuch, die Arbeit einzustellen und der Schiedsgericht abzuwarten.“ Alsdann wurde die Streikleitung beauftragt, Berechtigungsarten für die Kameraden auszugeben, die in Arbeit bleiben sollen. Ferner soll die Lohnkommission sich mit dem Arbeitgeberbund in Verbindung setzen und Stellung zu der Auswahl der unparteiischen Beisitzer nehmen. Es wurde betont, daß wir in der Geschirrforderung nur mit solchen Arbeitgebern verhandeln, die Zimmerer beschäftigen. Dann wurde das sonderbare Verhalten des Zimmermeisters Grunewald kritisiert, der Werkzeug neu angeschafft und jetzt erklärt hat, er dürfe es nicht mehr liefern. Unter „Verschiedenes“ teilte der Vorsitzende mit, daß sein Antrag, betreffend Fahrgehalt nach Pödejuch, vom Arbeitsamt abgelehnt worden sei. Als dann wurde das Verhalten des Zimmerers Stegemann kritisiert, der bei Sandmann beschäftigt ist und den dortigen Kameraden gegenüber dauernd unsere Organisation herabwürdigend versucht. Er soll angeblich dem Holzarbeiterverband angehören. Hierzu soll nach erfolgter Rücksprache Stellung genommen werden. Gerügt wurde, daß die Versammlung der ersten Situation entsprechend nicht von allen Mitgliedern besucht war.

— Infolge einer Rücksprache der Lohnkommission mit dem Vorsitzenden des Arbeitgeberbundes war wiederum eine Versammlung einberufen, um Stellung zu dem Ergebnis zu nehmen. Kamerad Michaelis berichtete über den Stand des Zustandes. Demnach haben sich am 27. Mai 189 Kameraden zur Kontrolle gemeldet; 160 sind in Arbeit, und zwar teils in Fabriken, teils zu den neuen Bedingungen; 81 sind noch nicht ermittelt. Schriftliche Erklärungen, daß sie die Forderung bewilligen, haben abgegeben die Unternehmer Laabs, Goltz und Hagenau. Als dann ging der Redner auf die Verhandlung mit dem Vorsitzenden des Arbeitgeberbundes ein. Derselbe hat erklärt, falls die Zimmerer die Arbeit aufnehmen, er dafür eintreten werde, daß das Schiedsgericht schon morgen zusammentreten und dann das Urteil für beide Parteien bindend sein solle. Ferner, daß die Arbeitgeber in ihrer Hauptversammlung beschlossen haben, nur unter der Voraussetzung einen unparteiischen Schiedsgericht anzunehmen, wenn die Arbeit sogleich aufgenommen werde. Michaelis forderte die Kameraden, die im Zustand sind, auf, sich rege auszusprechen, ob sie für Aufnahme der Arbeit sind, bevor der Schiedsgericht gefällt ist. Die Verhandlungskommission empfahl, auf Grund der Zusage des Vorsitzenden die Arbeit aufzunehmen, um den Kameraden kurz vor Pfingsten einen weiteren Lohnausfall zu ersparen. Es wäre erreicht, daß die Arbeitgeber einen unparteiischen Schiedsgericht annehmen, es könne sich jetzt nur noch um eine Machtprobe handeln, wenn wir weitere Opfer in der Geschirrentschädigungsfrage bringen. In der Diskussion wurde heftig für und gegen die Aufnahme der Arbeit gesprochen. Die Redner, die für Aufnahme der Arbeit eintraten, waren der

Ansicht, daß wir in der nächsten Zeit wiederum eine Teuerungszulage beantragen müßten. Dann würden möglicherweise neue Bewilligungen kommen und wir müßten neue Opfer bringen. Die Kameraden, die für die Weiterführung des Streikes waren, befürchteten eine Verschleppung der Angelegenheit durch den Vorsitzenden des Arbeitgeberbundes. Außerdem glaubten sie auch nicht, daß der Schiedsgericht schon morgen gefällt werden solle. Sie versprachen sich von dem Schiedsgericht mehr, wenn die Arbeit ruht. Die Forderung sei notwendig und gerecht, und daß die Arbeitgeber zahlen könnten, sei erwiesen. Bedauert wurde, daß wir bei der übrigen Arbeiterschaft keine Unterstützung finden, im Gegenteil wird befürchtet, daß Maurer und Bauarbeiter mit Zimmererwerkzeug angetroffen sind und auf den Baustellen die notwendigsten Arbeiten ausführen. Es wurde noch auf den Streik der Elektromonteur hingewiesen, die bereits 3 Wochen ausharren und nicht nachgeben. Die Lohnkommissionsmitglieder empfahlen nochmals die Aufnahme der Arbeit, weil doch der Zweck der Demonstration, die Arbeitgeber zu Verhandlungen zu zwingen, erreicht sei. Folgender Antrag des Kameraden E. Strud gelangte durch geheime Abstimmung der im Ausstand befindlichen Kameraden zur Annahme: „Es ist am Freitag, 30. Mai, die Arbeit aufzunehmen und der Schiedsgericht abzuwarten.“ Als dann wurde über die Aufnahme der Arbeit debattiert, ob es zweckmäßig sei, auf die alten Arbeitsstellen zu gehen, da doch infolge unseres Vorgehens die Mehrzahl der Kameraden Feierabend bekommen habe. Mehrere Redner standen auf dem Standpunkt, die Vermittlung durch das Arbeitsamt vorzunehmen. Kamerad Michaelis erklärte, daß die Arbeitgeber bereit seien, die vorher bei ihnen beschäftigten Zimmerer sofort wieder einzustellen. Kritisiert wurde, daß die Arbeitgeber wiederum das Arbeitsamt für ihre Zwecke in Anspruch nehmen, indem sie es erjucht haben, keine Zimmerer nach außerhalb zu vermitteln und auch keine Erwerbslosenunterstützung zu gewähren. Die Streikleitung teilte mit, daß die Auszahlung der Streikunterstützung am Sonntag, 1. Juni, im Volkshaus stattfindet, wozu die Mitgliedsbücher mitzubringen sind. Unter „Verschiedenes“ machte Kamerad R. Müller bekannt, daß die Mitglieder der Zentralkrankenkasse sich Befreiungsantragscheine abholen sollen, um von dem Beitrag zur Ortskrankenkasse befreit zu werden, da doch die Anmeldung durch die Arbeitgeber erfolgen dürfte. Hierzu teilte Kamerad Knoll mit, daß er schon Schwierigkeiten gehabt habe, und zwar dadurch, daß er seinen Schein in den Briefkasten der Ortskrankenkasse gesteckt habe, dieser von der Kasse aber nicht beachtet worden sei. Er soll jetzt die Beiträge von Januar bis April zur Ortskrankenkasse nachzahlen. Er empfahl, den Schein persönlich abzugeben. Darauf erfolgte Schluss der Versammlung.

**Treptow a. d. E.** Am 11. Mai fand zum ersten Male wieder eine Mitgliederversammlung statt. Anwesend waren 25 Kameraden. Eingangsgedachte der Vorsitzende der gefallenen Kameraden der hiesigen Zahlstelle. Punkt 1 der Tagesordnung betraf die Bekanntgabe des Lohnantrags; er fand die Zustimmung sämtlicher Kameraden. Anschließend wurde die Vorstandswahl vollzogen sowie die Wahl der Revisoren. Unsere regelmäßigen Monatsversammlungen finden jeden ersten Sonntag im Monat statt, und zwar abends 8 Uhr im Gesellschaftshaus.

**Sterbetafel.**

**Dortmund.** Am 4. Juni starb unser langjähriger Kamerad Otto Kracht im Alter von 50 Jahren an einem Darmleiden.

**Wilhelmshaven und Umgegend.** Am 29. Mai starb nach schwerer Krankheit unser langjähriges Mitglied, der Kamerad Johann Rose, im Alter von 71 Jahren.

**Bekanntmachungen**

der **Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer** (Ersatzkasse in Hamburg).

Bureau: Hamburg 22, Hamburger Straße 181, 2. Et. Postcheckkonto: 6642, Hamburg 11.

Vom 1. bis 31. Mai erhielt die Hauptkasse aus den örtlichen Verwaltungen: Augsburg M. 200, Berlin III 1000, Berlin VI 1000, Berlin VII 600, Cassel 200, Dresden II 600, Freyhan 100, Fürstenwalde 300, Göttingen 200, Gdrlitz 300, Göttha 300, Groß-Wotern 87, Großschwachwitz I 200, Hamburg II 400, Hamburg III 100, Raff 150, Langendiebach 300, Langensfeld 200, Meh 51,77, Neufölln 800, Neuruppin 150, Nordenham 195, Nowawes 250, Nürnberg 200, Pantlow 300, Pirnaisens 100, Prenzlau 39, Rostock 200, Schöneberg 500, Schmidt a. d. D. 160, Swinemünde 24,90, Wandsbek 100, Wernigerode 100. Summa M. 9407,67.

Zuschuß erhielten vom 1. bis 31. Mai die örtlichen Verwaltungen: Altenburg M. 300, Bernau 125, Cannstadt 230, Eöln 115, Ernter 250, Frankfurt a. M. 300, Friedrichshagen 200, Großauheim 120, Heidelberg 150, Heilbronn 200, Hildesheim 100, Kaiserslautern 100, Konstanz 144, Leipzig 300, Löchnitz 200, Mannheim 100, Marköbel 200, Mülln 100, München 800, Neuwelzow 35, Pforzheim 300, Pinnerberg 200, Schnebeck 200, Schwerin 100, Sulingen 75, Ziegel 200, Zessin 80, Zeterow 100, Zörgelow 150, Verden 300, Wismar 150, Zellin 200. Summa M. 6124.

**Achtung!**

Die Mitglieder der Ortsverwaltungen werden gebeten, die Agitation zur Gewinnung neuer Mitglieder fortzusetzen. Die heutigen teuren Lebensbedingungen erfordern eine genügend hohe Versicherung gegen Krankheit. Es ist daher eine doppelte Versicherung in 2 Kassen dringend geboten, um auch im Falle einer Erkrankung leben zu können. Das ist schon jeder sich selbst und seiner Familie schuldig. Bisher hat uns die Agitation in kurzer Zeit 18 neue Verwaltungen gebracht, weitere stehen in Aussicht. Es muß so weiter gearbeitet werden; jedes Mitglied muß weiter im Kreise seiner Kameraden neue Mitglieder werben.

Flugblätter und Sachungen sind auch den Verbandszahlstellen zugesandt, so daß auch von dort ein weiterer Erfolg zu erwarten ist, wenn jedes Mitglied bei der Agitation seine Pflicht tut. Der Vorstand.

**Veranstaltungsausschreiber.**

(Unter dieser Rubrik werden so kurz wie möglich gefasste Veranstaltungsausschreibungen unentgeltlich aufgenommen.)

**Dienstag, den 17. Juni:**

**Serford:** Gleich nach Feierabend bei Büchner, Brüderstraße 36. — **Langensalza:** Gleich nach Feierabend im „Oberen Felsenkeller“. — **Spandau:** Bei Wilhelm Wind, Bichelsdorfer Straße 6.

**Mittwoch, den 18. Juni:**

**Mangart:** Abends 8 Uhr beim Bäckermeister Gabrecht.

**Donnerstag, den 19. Juni:**

**Burghausen a. d. Salzach:** Abends 7 Uhr im Gasthof „Zum Salzburger Hof“. — **Friedrichshagen:** Bei Witwe Lerche, Rundteufel. — **Vissa i. P.:** Abends 6½ Uhr in Hernel's Restaurant, „Neuer Ring“. — **Schneidemühl:** Abends 7 Uhr im Schreiberschen Lokal, Pofener Straße.

**Freitag, den 20. Juni:**

**Cassel:** Abends 7½ Uhr im „Kleinen Stadtpart“, Obere Karlsru. 17. — **Nadolzjell:** Abends 7½ Uhr im „Krotobil“

**Sonntag, den 21. Juni:**

**Berlinchen:** Abends 7½ Uhr im „Neuen Schützenhaus“. — **Coswig:** Im Volkshaus. — **Gelsenkirchen:** Abends 8 Uhr bei Edermann, Ottilienstraße. — **Hamm, Bezirk Ahlen:** Abends 7½ Uhr. — **Mühlhausen i. Th.:** Gleich nach Feierabend im „Burgkeller“. — **Neuhaldensleben:** Nach Feierabend bei W. Herzog. — **Ortelsburg:** Beim Kaufmann Ed. Pippa, Passenheimer Straße. — **Reimscheid:** Abends 7 Uhr im Volkshaus, Bismarckstraße.

**Sonntag, den 22. Juni:**

**Düsseldorf:** Vorm. 10 Uhr bei Joh. Meller, Hafenstr. 9. — **Eberswalde:** — **Lügen:** Nachm. 3 Uhr bei Kade, „Bayerischer Hof“. — **Mühlberg a. d. Elbe:** — **Münster i. Westfalen:** Vorm. 11 Uhr bei Aug. Brinkmann, Krummer Timpen 29/30. — **Stallupönen:** Im Lokale von Schabronath Nachfolger.

**Anzeigen.**

[M. 3,90]

**Nachruf.**

Infolge Verletzungen, die er sich bei Ausübung seines Berufs an der Kreisfäge zugezogen, starb unser treuer Kamerad

**Friedrich Strümpel**

aus Chemn im Alter von 38 Jahren. Wir werden seiner in Ehren gedenken! Die Kameraden der Zahlstelle Fallersleben.

[M. 4,20]

**Nachruf.**

Am 30. Mai verschied nach kurzer Krankheit an den Folgen der Grippe unser langjähriges Mitglied und Kassierer, der Zimmermann

**Adam Eschstruth**

in noch nicht vollendetem 57. Lebensjahre. Er war allzeit ein treuer Streiter der Organisation. Wir bewahren ihm ein treues Andenken! Die Kameraden der Zahlstelle Rührda.

[M. 6,10]

**Nachruf.**

Von den Mitgliedern unserer Zahlstelle starben den Heldentod in dem blutigen Ringen die Kameraden:

- Heinrich Büsch, Adolf Fehlhaber,**
- Heinrich Fauteck, Ernst Scheele,**
- Wilhelm Talg aus Uelzen;**
- Otto Plumhof, Hans Homa,**
- Fritz Dutte aus Oldenstadt;**
- Otto Behn aus Großliedern;**
- Heinrich Hohls aus Ratendorf;**
- Otto Meyer aus Näßlingen.**

Wir werden ihnen ein ehrendes Andenken bewahren! Die Kameraden der Zahlstelle Uelzen.

**Nachruf.**

Nach langem, schwerem Leiden verschied am 31. Mai unser treuer Kamerad

**Fritz Heyse**

im Alter von 65 Jahren. Ein ehrendes Andenken bewahren ihm Die Kameraden der Zahlstelle Woldegk I. M.

[M. 3,60]